

„Ich finde es wichtig, dass man abstimmen geht!“: Studie zum politischen Interesse von Jugendlichen mit Empfehlungen für die Praxis.

Teilstudie II im Rahmen von „scoop-it 2.0!“ – Ein interdisziplinäres Projekt zur Förderung der politischen Partizipation bei Jugendlichen: Empfehlungen

Bericht vom Januar 2015 z.H. der Stiftung Mercator Schweiz und des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente

Verantwortliche Autoren:

Prof. Dr. Matthias Künzler

matthias.kuenzler@htwchur.ch

lic. phil. Yvonne Herzig Gainsford

yvonne.herzig@htwchur.ch

Anschrift:

IMP – Institut für Multimedia Production der HTW Chur
Pulvermühlestrasse 57
CH-7004 Chur

Chur, 24. Januar 2015

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
2	Politikverdrossene Jugend: Ungerechtfertigtes Klischee oder empirische Tatsache?	6
2.1	Relevanz politischer Partizipation von Jugendlichen in der Demokratie.....	6
2.2	Heterogene Befunde	6
3	Methode der Gruppendiskussion	8
3.1	Zielsetzung der Methode	8
3.2	Auswahl der Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer	8
3.3	Konstruktion des Gesprächsleitfadens	9
3.4	Auswertung der Gruppendiskussionen.....	10
4	Politisches Interesse und politisches Handeln von Jugendlichen: Gründe und Formen	12
4.1	Interesse an Politik und Voraussetzungen	12
4.2	Politisches Handeln	15
5	Rolle der Medien / Kommunikation	18
5.1	Reziprokes Verhältnis zwischen Informationsverhalten und Abstimmungen/Wahlen.....	18
5.2	Genutzte Informationsquellen	18
5.3	Politische Diskussionen.....	20
6	Anforderungen an die geplante Webapplikation	22
6.1	Interesse an der neuen Online-Plattform „Scoop-it 2.0“	22
6.2	Funktionalität.....	22
7	Zusammenfassende Interpretation und Empfehlungen für die Praxis	26
7.1	Interesse von Jugendlichen an Politik: Gründe und Handlungsempfehlungen	26
7.2	Empfehlungen für die neu geplante Plattform	29
8	Fazit	31
9	Literaturverzeichnis	32
10	Anhang	34
10.1	Leitfaden.....	34
10.2	Codierschema in MAXQDA 11	40

1 Einleitung

Das Projekt scoop-it setzt sich zum Ziel, die politische Partizipation der Jugendlichen zu fördern. Geplant sind vier Umsetzungsphasen: 1.) Analyse und Konzeption, 2.) Aufbau der Webplattform, 3.) Bewerbung und Inbetriebnahme der Webplattform bei Jugendlichen, 4.) Ausbildung Medienproduktion (gemäss Konzeption z.H. der Projektpartner). Der vorliegende Bericht bezieht sich auf Phase 1 „Analyse und Konzeption“. In dieser Phase wurde in einem ersten Projektschritt eine quantitative Befragung von abstimmungs- und nicht-abstimmungsberechtigten Jugendlichen (Ü18 und U18) durchgeführt, der Projektbericht liegt vor (vgl. Ovcina et al. 2014). In einem zweiten Projektschritt, dessen Resultate im vorliegenden Projektbericht präsentiert werden, wurden Gruppendiskussionen mit Jugendlichen veranstaltet und dabei vier Zielsetzungen verfolgt:

- 1.) Validierung (Überprüfung) der über die quantitative Befragung gewonnenen Resultate
- 2.) Gründe für Antworten (Explikation)
- 3.) Diskussion Vorschlag Online-Plattform (Machbarkeit)
- 4.) Vorschläge für Funktionalität, Inhalt, Design der Applikation (Ergänzung)

Durch die Kombination von Befragung und Gruppendiskussion lassen sich die Stärken quantitativer und qualitativer Methoden ideal verbinden: Während die quantitative Befragung es erlaubte, statistisch repräsentative Informationen über das Interesse von Jugendlichen an Politik und ihr Mediennutzungsverhalten zu gewinnen, gibt die qualitative Gruppendiskussion Aufschluss über die Gründe für das Interesse bzw. Desinteresse und das entsprechende Nutzungsverhalten der Jugendlichen. In den Gruppendiskussionen konnten auch Ideen zur Entwicklung einer Onlineapplikation mit der anvisierten Zielgruppe vertieft diskutiert werden. Dies erlaubte es, wertvolle Rückmeldungen zu Design, Inhalt und Funktionalität der geplanten Plattform zu erhalten und Empfehlungen zu formulieren. Damit besteht die Chance, eine Applikation zu kreieren, welche die wirklichen Bedürfnisse und Wünsche der Zielgruppen berücksichtigt und damit auf Beachtung und Akzeptanz bei der anvisierten Zielgruppe stösst.

Obwohl diese Teilstudie im Rahmen des Gesamtprojekts die vier oben genannten Zielsetzungen verfolgt, liegt ihr zusätzlich ein eigenständiger inhaltlicher Fokus zu Grunde. Vor der staatspolitisch höchst relevanten Diskussion um die vermeintliche Politikverdrossenheit der Jugend (vgl. z. B. Bühler 2014) geht sie auf Grundlage der Gruppendiskussionen der Frage nach, aus welchen Gründen sich Jugendliche für Politik interessieren, wie Jugendliche mit der Situation der Ausübung ihres Bürgerrechts durch Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen umgehen, inwiefern eine neue Onlineplattform zur politischen Partizipation auf ihr Interesse stösst und welche Funktionen eine solche Plattform erfüllen sollte. Die Beantwortung dieser Fragestellungen erlaubt es, Empfehlungen zur Förderung des politischen Interesses von Jugendlichen für die Politik, Gesellschaft und Medien zu formulieren.

Auf den folgenden Seiten wird zunächst auf die theoretischen und methodischen Grundlagen der Studie eingegangen (Kapitel 2 und 3). Die Ergebnisse der Auswertung der Gruppendiskussionen werden in den Kapiteln 4-6 präsentiert. In Kapitel 4 wird die Frage nach den Gründen für politisches Interesse, in Kapitel 5 jene nach dem kommunikativen Umgang mit dem Stimmrecht beantwortet. In Kapitel 6 finden sich die Ergebnisse der Beurteilung der Funktionalität einer solchen Plattform, wie sie für die Projektphase 2 „Aufbau der Webapplikation“ relevant sind. In Kapitel 7 werden die Ergebnisse verdichtet interpretiert und Schlussfolgerungen für die Praxis gezogen. Abgerundet wird die Arbeit mit einem zusammenfassenden Fazit (Kapitel 8).

2 Politikverdrossene Jugend: Ungerechtfertigtes Klischee oder empirische Tatsache?

2.1 Relevanz politischer Partizipation von Jugendlichen in der Demokratie

Jugendliche gelten als politikverdrossen, was für Demokratien als problematisch angesehen wird: Die Stabilität von Demokratien zeichnet sich u.a. durch eine Staatsbürgerkultur, im Sinne einer positiven Einstellung der Bürger gegenüber ihrer eigenen Rolle im politischen Prozess, aus. Ein solches staatsbürgerliches Bewusstsein geht u.a. mit dem Medienkonsum über Politisches, politische Kommunikation auf interpersonaler Ebene und Partizipation etwa über Abstimmungen und Wahlen einher (vgl. Gaiser et al. 2012: 320). Die aktive Beteiligung Jugendlicher an der Politik ist deshalb zentral, da eine fehlende Sozialisation in „Demokratiekompetenz“ (vgl. Bartels 2010: 36 f.) zum Rückgang eines aktiven Staatsbürgertums führen kann. Die Integration Jugendlicher dient deshalb zum einen der Sicherstellung des demokratischen Systems. Zum anderen können Jugendliche mit neuen Ansichten die Demokratie beleben (vgl. Winklhofer/Zinser 2008: 71). Nicht zuletzt können sie beim Erreichen der Stimmsrechtsalters mit 18 Jahren politisch mitentscheiden und damit ihr zukünftiges politisch-gesellschaftliches Leben mitgestalten (vgl. u.a. Münchmeier 2008: 141).

Aus diesen Gründen überrascht es kaum, dass besonders nach knappen oder überraschenden Abstimmungsergebnissen wie der Zuwanderungsinitiative im Februar 2014 oder knappen Wahlausgängen die Diskussion über die angebliche Politikabstinenz der Jugend jeweils verstärkt aufflackert. Allerdings stellt sich die Frage, ob es sich dabei um eine empirisch beobachtbare Tatsache oder eher ein unhinterfragtes Klischee handelt.

2.2 Heterogene Befunde

Tatsächlich finden sich Studien, die eine gewisse Politikabstinenz der Jugendlichen nachweisen können. Langfristige Vergleiche in westeuropäischen Ländern zeigen, dass die Politisierung junger Generationen in den 1960er- und 1970er-Jahren ihren Höhepunkt fand und danach stetig zurückging. Für Deutschland zeigt es sich, dass seit den 1990er-Jahren die Anzahl Jugendlicher, die sich in Parteien engagieren, halbiert hat (vgl. Böhnisch 2008: 29-31). Auch für die Schweiz zeigen Umfragen tiefe Werte beim politischen Wissen und politischen Engagement (letzteres beläuft sich auf rund 13%, vgl. Huth 2014: 77 f.). Ein Forschungsinstitut ermittelte für die erwähnte Zuwanderungsinitiative mit lediglich 17% bei den 18-29-Jährigen eine halb so grosse Stimmbeteiligung wie bei den restlichen Altersgruppen (vgl. Bühler 2014).

Allerdings sind die Befunde nicht so eindeutig, wie dies auf Grundlage solcher Studien zunächst erscheint. Zum einen weisen andere Studien höhere Werte beim politischen Interesse Jugendlicher nach. Insbesondere Daten der offiziellen Statistiken aus Kantonen, welche die Stimmbeteiligung nach Altersgruppe ausweisen, zeigten bei der erwähnten Zuwanderungsinitiative viel höhere Werte als angenommen (zwischen 37% und 45%, vgl. Bühler 2014). Für Deutschland zeigt die jüngste Shell-Studie, welche seit Jahrzehnten die Grundhaltung Jugendlicher erhebt, dass das Interesse an Politik im Jahr 2010 gegenüber den Vorjahren leicht gestiegen ist (vgl. Albert et al. 2010: 6). Eine Studie von Paus-Hasebrink (2008: 135 f.) legt ebenfalls den Schluss nahe, dass Junge nicht pauschal als politisch uninteressiert bezeichnet werden können. Zwar interessieren sie sich weniger für klassische politische Institutionen wie Parteien, zeigen jedoch Interesse an einzelnen Themen und politischen Aktionen. Wie

eine weitere Studie zu Deutschland zeigt, „bevorzugen sie zeitbegrenzte, projektbezogene, wenig durch kontinuierliche Arbeit in hierarchischen Zusammenhängen festgelegte Aktionen“ (Gaiser et al. 2012: 335). Die Autoren erklären dies durch die biografischen Anforderungen Heranwachsender, die mit hohen Anforderungen an Ausbildung, Stellen- und Ortswechsel einhergehen (vgl. Gaiser et al. 2012: 335, gleicher Befund auch bei Rijke 2009: 233 f.). Die Einbindung in ein politisch engagiertes soziales Umfeld, die Nähe zu einer Partei, der Medienkonsum zu politischen Themen, politisches Wissen und Bildung begünstigen das politische Interesse Jugendlicher, wie u.a. Rijke (2009: 233) und Rothenbühler et al. (2012: 39 f.) gezeigt haben.

Aus dem hier verkürzt dargestellten Überblick über den Forschungsstand lassen sich mehrere Schlussfolgerungen für die vorliegende Untersuchung ziehen. Eine Studie, welche nach den Gründen des Interesses von Jugendlichen an Politik fragt, sollte nicht ausschliesslich mit einem engen Politikbegriff arbeiten, der sich an den politischen Institutionen mit etablierten Akteuren orientiert. Vielmehr sollte offen nach dem Interesse und Verständnis der Jugendlichen an Politik gefragt werden. Dabei sollten nebst etablierten Akteuren gerade auch kurzfristige Formen des politischen Engagements mitberücksichtigt werden. Weitere wichtige Dimensionen zur Suche nach den Gründen für das Interesse an Politik sind das soziale Umfeld, persönliche Gespräche, aber auch die mediale Berichterstattung. Diese Dimensionen finden sowohl in der quantitativen Befragung als auch im Leitfaden der Gruppendiskussionen und damit in der empirischen Basis dieser Studie Berücksichtigung (für den Leitfaden vgl. Anhang 10.1).

3 Methode der Gruppendiskussion

3.1 Zielsetzung der Methode

Zielsetzung dieses Teilprojekts war es, die über die quantitative Befragung gewonnenen Ergebnisse zu validieren (überprüfen), Gründe für bestimmte Antworten zu erfahren (Exemplifizierung), den Vorschlag einer neuen Webapplikation zur Partizipation von Jugendlichen zu diskutieren (Machbarkeit) und weitere Vorschläge zu Funktionalität und Aufbau dieser Plattform zu sammeln (Ergänzung). Zur Verfolgung dieser Zielsetzungen eignet sich die Gruppendiskussion besonders gut, da ihre Vorteile im Vermitteln eines Überblicks über die Variationsbreite von Meinungen, Werten, Problemen, dem Aufdecken von bisher vernachlässigten Themenaspekten und in der Explikation von Gründen im Gruppengespräch liegen (vgl. Kromrey 1986: 127-131, Lamnek 2005a: 84; für einen Überblick über weitere Einsatzmöglichkeiten der Methode vgl. Lamnek 2005a: 69-77).

3.2 Auswahl der Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer

Bei der Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Gruppendiskussion wird in der Methodenliteratur empfohlen, zwischen homogenen und heterogenen Gruppen zu unterscheiden (vgl. Kühn/Koschel: 76-83; Lamnek 2005a: 104-109). Homogenität bezieht sich darauf, dass alle Teilnehmer der Gruppendiskussion sich hinsichtlich eines bestimmten, von den Forschern als wichtig angesehenen Merkmals ähneln, während bei der heterogenen Gruppe die Teilnehmer zufällig oder absichtlich nach unterschiedlichen Kriterien ausgewählt werden. Im vorliegenden Fall wurden Homogenität und Heterogenität in den verschiedenen Gruppendiskussionen hinsichtlich der Merkmale „Alter“ und „Interesse an Politik“ unterschiedlich kombiniert (vgl. Abbildung 1). Damit konnte sichergestellt werden, Aspekte zu erkennen, die sich ausschliesslich auf ähnliche und unterschiedliche Motivation in Bezug auf Politik oder die Abstimmungsberechtigung zurückführen lassen.

Es wurden fünf Gruppendiskussionen mit je 6 bis 12 Jugendlichen durchgeführt und damit zwei Diskussionen mehr als im Projektplan vorgesehen. Mit dieser Gruppengrösse wurde der Empfehlung in der Methodenliteratur gefolgt (vgl. Lamnek 2005b: 434-438). Die Empfehlung erwies sich auch im vorliegenden Projekt als sinnvoll: Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer hatte genügend Redezeit, gleichzeitig waren genügend Personen mit unterschiedlichen Ansichten anwesend, um aufeinander Bezug zu nehmen und auch kontroverse Meinungen zu diskutieren.

Abbildung 1: Ort, Zeit und Zusammensetzung der durchgeführten Gruppendiskussionen

Gruppen-diskussion	Zusammensetzung der Gruppe	Anzahl Teilnehmer	Gesprächsleitung
Zürich (Sitzungsraum NZZ) 30. 08. 2014	homogene Gruppe: grosses Interesse an Politik (TeilnehmerInnen reisten freiwillig aus der Ostschweiz und Graubünden nach Zürich an), älter als 18 Jahre (stimm- und wahlberechtigt)	6	YH & MK
Gymnasium Schiers (1) 21. 10. 2014	teilweise homogene Gruppe: Mehrzahl der TeilnehmerInnen älter als 18 Jahre, jedoch unterschiedliches Interesse an Politik	10	MK
Gymnasium Schiers (2) 21. 10. 2014	teilweise homogene Gruppe: Mehrzahl der TeilnehmerInnen älter als 18 Jahre, jedoch unterschiedliches Interesse an Politik	11	YH
Kantonsschule Chur (1) 17. 11. 2014	teilweise homogene Gruppe: TeilnehmerInnen jünger als 18 Jahre, jedoch unterschiedliches Interesse an Politik	10	MK
Kantonsschule Chur (2) 17. 11. 2014	heterogene Gruppe: Hälfte der TeilnehmerInnen älter als 18 Jahre, unterschiedliches Interesse an Politik	11	YH

Die Jugendlichen wurden über zwei verschiedene Verfahren rekrutiert: Zum einen wurden jene angeschrieben, die an der quantitativen Befragung teilgenommen und sich potentiell bereit erklärt hatten, zusätzlich an einer Gruppendiskussion zu partizipieren. Zum anderen wurden Schulen im Untersuchungsgebiet angeschrieben und gefragt, ob Lehrer und deren Klassen bereit wären, sich für Gespräche zur Verfügung zu stellen.

Beide Varianten zur Motivation der Jugendlichen, an einer Diskussion teilzunehmen, stellten sich schwieriger als erwartet heraus: Nur ein kleiner Teil der Jugendlichen, die sich potenziell zur Teilnahme an der Gruppendiskussion bereit erklärt hatten, stellten sich tatsächlich zur Verfügung. Es handelte sich dabei ausschliesslich um Jugendliche mit grossem Interesse an Politik. Die Anfrage über Schulen erwies sich als erfolgreicher, allerdings mit Zeitverzögerung: Der Beginn des neuen Schuljahrs nach den Sommerferien und die bald darauf folgenden Herbstferien brachten es mit sich, dass die Lehrer und ihre Klassen erst nach den Herbstferien bereit waren, an Gruppendiskussionen teilzunehmen. Deshalb zogen sich die Arbeiten am vorliegenden Projektbericht etwas länger hin als ursprünglich geplant. Dafür gelang eine optimale Kombination von heterogenen und homogenen Gruppen, wie aus obenstehender Abbildung ersichtlich ist. Um eine optimale Teilnehmerzahl zu erhalten, wurden die Schulklassen jeweils in zwei Gruppen gesplittet.

3.3 Konstruktion des Gesprächsleitfadens

Da die Gruppendiskussionen der Validierung, Exploration zusätzlicher Gedanken und Informationen sowie Diskussion des Vorschlags Webplattform dienten, erfolgten die Durchführungen auf Grundlage eines Gesprächsleitfadens (vgl. Lamnek 2005a: 93). Der Leitfaden wies zwei Hauptfunktionen auf: 1.) Sicherstellung, dass während der Gruppendiskussion alle für das Projekt wichtigen Aspekte zum Thema Jugend und Politik berücksichtigt werden, 2.) Moderatoren in der Diskussion Sicherheit vermitteln.

Die Erarbeitung des Leitfadens orientierte sich an der „prozessorientierten Formulierung“, welche den Gesprächsablauf in die vier Phasen Einführung, Warm-up, Haupt- und Schlussteil gliedert (vgl. Kühn/Koschel 2011: 104 f.). Dies erlaubt ein problemorientiertes Nachfragen seitens der Moderatorin bzw. des Moderators, um dadurch

eine offene und vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre zu schaffen. Dadurch sollen die Befragten sich in ihrer Problemsicht ernst genommen fühlen, zu verschiedenen Zeitpunkten der Diskussion neue Gesichtspunkte entwickeln, sich korrigieren oder gar widersprechen können, um Orientierungs-, Entscheidungsprobleme und Interessenswidersprüche wahrzunehmen (vgl. Kühn/Koschel 2011: 102). Zudem wurde darauf geachtet, den Leitfaden so zu formulieren, dass er an die Sprache der Zielgruppe angepasst ist, komplexe Forschungsinteressen in einfache, klare Fragen übersetzt und hauptsächlich auf offenen Fragen beruht, damit die Befragten eigene Schwerpunkte setzen und Zusammenhänge in ihren eigenen Worten schildern können. Unentschiedenheit, Schwanken und Ambivalenzen werden bewusst zugelassen. Damit der Leitfaden die Dynamik des Diskussionsprozesses nicht zu stark einschränkt, wurde er auf einige wenige Themenbereiche beschränkt (vgl. Kühn/Koschel 2011: 100-104). Eine zusätzliche Strukturierung des Gesprächs wurde durch die Ergänzung der offenen Fragen über die Formulierung von geschlossenen Nachfragen und eine Hierarchisierung der Fragen erreicht.

3.4 Auswertung der Gruppendiskussionen

Alle Gruppendiskussionen dauerten mit gewissen Abweichungen rund Eineinhalbstunden und wurden jeweils durch eine ca. viertelstündige Pause unterbrochen (Ausnahme Gruppendiskussion Zürich). Die Auswertung erfolgte computerunterstützt: Die Transkription wurde mit der Software „f4“, die Codierung und Auswertung mit dem Programm „MAXQDA“ Version 11 von den Verfassern dieses Berichts vorgenommen.

Methodisch orientierte sich die Auswertung am Verfahren der „Strukturierung/Kategorisierung“ (vgl. Mayring 2002: 118, in der englischsprachigen Literatur auch als „meaning categorization“ bezeichnet, vgl. Kvale 1996: 192). Dabei werden die transkribierten Gruppendiskussionen in Textstellen unterteilt (zumeist mehrere Sätze oder Abschnitte), die sich mit bestimmten, für die Fragestellung relevanten thematischen Aspekten beschäftigten. Diesen Textstellen werden nun Kategorien zugeordnet. Die Kategorien lassen sich deduktiv, auf Basis der Theorie, oder induktiv aus dem Material heraus bilden. In der vorliegenden Analyse wurde ein kombiniertes Verfahren angewendet: Auf Grund der ausgeführten theoretischen Annahmen wurden deduktiv Kategorien gebildet. Diese deduktiv gebildeten Kategorien wurden durch induktiv hergeleitete Kategorien ergänzt. Die Unterkategorien wurden ebenfalls induktiv hergeleitet (siehe Codierschema im Anhang).

Zur Erreichung der Intercodierbarkeit wurde folgendes Verfahren angewendet: Jeder der beiden beteiligten Forscher codierte ca. die Hälfte der Gruppendiskussionen und verglich anschliessend die Codierung des anderen Forschers; Problemcodierungen wurden diskutiert und entsprechend angepasst. Zusätzlich wurde mittels MAXQDA überprüft, ob sich alle Hauptcodes in allen Gruppendiskussionen wiederfinden. Dies ist der Fall, wie aus nachfolgender Abbildung ersichtlich wird. Trotz des offenen Gesprächsverfahrens kann deshalb davon ausgegangen werden, dass in allen Gruppendiskussionen Themenäquivalenz gegeben war.

Abbildung 2: Zuweisung von Codes zu (Funktion „Summary Grid“)

Code System	Trans...	Trans...	Trans...	Trans...	Trans...
+ Wunsch an Berichterstattung	■	■	■	■	■
+ Interesse an Politik	■	■	■	■	■
+ Plattform	■	■	■	■	■
+ Politisches Engagement	■	■	■	■	■
+ Diskussion/Meinungsaustausch	■	■	■	■	■
+ Informationsquelle	■	■	■	■	■

Erläuterung: In den Zeilen sind die Hauptcodes, in den Spalten die fünf transkribierten Gruppendiskussionen dargestellt. Die Quadrate zeigen an, welche Hauptcodes in welchen Gruppendiskussionen vorkommen.

Nach der Codierung und Codebereinigung folgt die eigentliche Auswertung der Gruppendiskussion, indem Verbindungen zwischen verschiedenen Codes ermittelt werden. Aus den transkribierten Aussagen der Jugendlichen lassen sich gedankliche Konzepte interpretieren (sogenanntes „axiales Codieren“, vgl. Böhm 2005: 478 f.). Dazu wurde in der vorliegenden Arbeit auf das „Codierparadigma“ der „Grounded Theory“ zurückgegriffen. Dies ist eine abstrakte Heuristik des sozialen Handelns von Personen(-gruppen), die sich aufgrund seiner Abstraktheit auf unterschiedliche Themenbereiche übertragen lässt (vgl. dazu u.a. Strauss 1991: 101-106, Strauss/Corbin 1996: 76, 91; ein zusammenfassender Überblick bietet Böhm 1994). Das Codierparadigma wirft grundlegende W-Fragen auf und geht von Ursache-Wirkungsbeziehungen aus, die Möglichkeiten zur Veränderung von Handlungsweisen in Bezug auf ein bestimmtes Phänomen aufdecken können. Die wesentlichen Fragen sind, welche Ursachen zum untersuchten Phänomen führen, welches dahinterliegende soziale Vorbedingungen für diese Ursachen sind, wie Akteure mit einem Phänomen umgehen und worin die auf das Phänomen bezogenen Handlungen resultieren. Auf die vorliegenden Fragestellungen übertragen ist nach Ursachen zu suchen, weshalb Jugendliche politisch handeln bzw. nicht-handeln, welches soziale Vorbedingungen für politisches Handeln sind, wie Jugendliche mit Politik umgehen (also zum Beispiel über Diskussion und Information) und wie sich ihr Handeln möglicherweise verändern lässt.

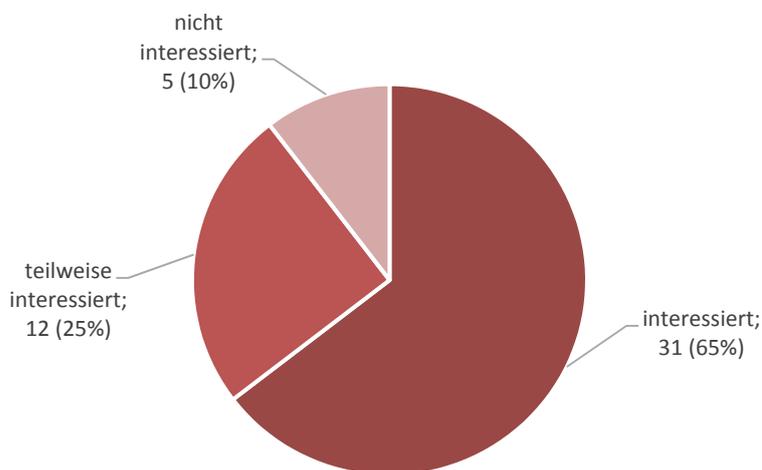
Mit dieser Heuristik lassen sich aus den Aussagen der Gruppendiskussionen mögliche Einflussfaktoren für Interesse an Politik erkennen. Gerade wegen der Offenheit der Heuristik können diese Faktoren unvoreingenommen von bestimmten theoretischen Vorannahmen aus den Aussagen interpretiert werden. Dies ist in Anbetracht der oben dargestellten Befunde, dass sich Jugendliche gerade nicht an den etablierten Politikbegriffen und -Prozessen orientieren, angebracht.

4 Politisches Interesse und politisches Handeln von Jugendlichen: Gründe und Formen

4.1 Interesse an Politik und Voraussetzungen

Die Befunde der quantitativen Befragung der Jugendlichen im ersten Projektschritt zeigten, dass bei Jugendlichen ein grundsätzliches Interesse an Politik besteht: Über die Hälfte der Jugendlichen sind an Politik „zum Teil“ bis „sehr“ interessiert (vgl. Ovcina et al. 2014: 52-63). Dieser Befund wurde in allen Gruppendiskussionen (auch in den heterogenen Gruppen) bestätigt, wie aus nachfolgender Abbildung deutlich zu erkennen ist.

Abbildung 3: Allgemeines Interesse an Politik (in absoluten Zahlen und Prozenten, N=48)



Interesse an Nationalem und Internationalem, weniger an Regionalem und Lokalem

Allerdings ist das Interesse an den verschiedenen politischen Ebenen unterschiedlich stark ausgeprägt. Am stärksten vermögen Internationales und Nationales, am wenigsten Lokales zu interessieren – womit sich die Befunde der quantitativen Befragung erhärteten (vgl. Ovcina et al. 2014: 52-63). Auf Nachfrage erklären die Jugendlichen ihr höheres Interesse an nationaler und internationaler Politik mit ihrer Einschätzung, dass „gewisse nationale Sachen viel grösser sind“ und damit „mehr Personen betreffen“, wie es ein Jugendlicher ausdrückte. Gemeindepolitik wird zudem für wenig problematisch gehalten: „Auf Gemeindeebene habe ich nicht das Gefühl, dass so viel falsch läuft wie auf internationaler oder nationaler Ebene. Ich habe das Gefühl, die auf der Gemeinde, die haben das eigentlich noch recht gut im Griff, läuft alles tiptop.“ In den Augen der Jugendlichen haftet dem Lokalen oft das Image eines eher kleinteiligen Routinegeschäfts an und wird deshalb als wenig attraktiv wahrgenommen: „Es ist halt meistens so [...] in der Gemeinde geht es halt darum, darf ein neues Haus gebaut werden. Solche Sachen interessieren nicht so stark, als wenn es darum geht, die Verfassung zu ändern.“ Ein weiterer Grund für ihr geringes Interesse an Lokalem sieht eine Diskussionsteilnehmerin in der mobilen Gesellschaft: „Wir haben nicht mehr so viel mit der Gemeinde zu tun. Wir sind hier fast den ganzen Tag in der Schule“. Ihre Kollegin doppelt nach: „Wir sind viel mobiler und sowieso immer unterwegs. Wenn Du in Chur wohnst, ist Zürich ein Katzensprung entfernt im Vergleich zu vor vierzig Jahren. Dadurch kommt auch alles, was rundherum ist, viel näher.“

Allerdings darf aus diesen Aussagen nicht geschlossen werden, dass Jugendliche grundsätzlich keinen Bezug von lokalen politischen Fragen zu ihrer Lebenswelt herstellen können. Sie interessieren sich durchaus für einzelne lokale und regionale Themen: „Zum Teil hat es schon wichtige Sachen.“ Als Beispiele in Graubünden wurden die Debatte über Tempo-30er-Zonen, fehlende Abfallkübel im Ausgangsviertel oder Ergänzungsleistungen genannt. Zudem wird aus den Aussagen der Jugendlichen deutlich, dass dieses geringere Interesse an Lokalem sich im Verlaufe des Lebens möglicherweise verändert („wenn ich 10-20 Jahre älter wäre, würde ich mir Lokales anschauen“).

Die Jugendlichen selbst glauben, dass ihr Interesse an lokaler und regionaler Politik grösser wäre, wenn das Abstimmungsmaterial aktiver und attraktiver aufbereitet wäre: „Die machen nicht viel Werbung für dieses Zeug. Kein Plakat nichts. Eventuell ein Brieflein oder so, aber dann weiss man nicht recht.“ Diesem Wunsch nach attraktiveren Aufbereitung stimmt ein Diskussionsteilnehmer zu: „[Im] Büchlein, wo die Sachen mit der Gemeinde drin sind, hat es manchmal zu wenig schnell auffindbares Material.“

Neben einer attraktiveren Aufbereitung könnte auch eine stärkere Diskussion über Lokales und Regionales in den Medien die Attraktivität dieser Politikebene steigern. Dies lässt sich zumindest aus der Aussage eines Jugendlichen ableiten, der den Grund für das geringere Interesse an Lokalem in der geringeren Medienberichterstattung über dieses Themenfeld sieht: „Nationale Sachen [...werden] mehr in den Medien publiziert und es wird grösser diskutiert als solche Gemeindesachen.“

Für zukünftige politische Aktivitäten liegt die Gemeindeebene für einige Jugendliche durchaus im Bereich des Möglichen. Ein Teilnehmer bekundet ein grundsätzliches Interesse an dieser Ebene, eine andere Diskussionsteilnehmerin kann sich gut vorstellen, ein politisches Amt in der Gemeinde zu übernehmen. Ein Minderjähriger würde sich, wenn er denn abstimmen könnte, gerne mehr mit „Gemeindeabstimmungen und mit dem Gemeinderat befassen“.

Letztendlich ist das Interesse an politischen Themen auch von subjektiven Vorlieben abhängig, was u.a. aus der Aussage von Ursina deutlich wird: „Ich bin auch politisch interessiert. Bei gewissen Sachen etwas mehr, bei gewissen Sachen etwas weniger.“

Strukturelle Bedingungen für das Interesse an Politik

In den Gruppendiskussionen wurde deutlich, dass das Alter und das Bürgerrecht als Voraussetzung zur Ausübung des Stimm- und Wahlrechts grundsätzlich einen Einfluss auf das Interesse an Politik haben. Dies zeigt sich zunächst daran, dass das Interesse an Politik in der Gruppe mit nicht wahl- und stimmberechtigten Minderjährigen am geringsten, in der Gruppe der Volljährigen und in gemischten Gruppen mit hauptsächlich Volljährigen höher war. In ihren Erklärungen für das (Nicht-) Interesse an Politik wiesen die Jugendlichen selbst auf diesen Zusammenhang hin, z. B. Meret: „Ich bin eher mittel interessiert. Also in der Schule finde ich es eigentlich noch spannend, aber es ist wahrscheinlich auch so, weil wir noch nicht abstimmen können, ist es für mich noch nicht so wichtig.“ Im Gegensatz dazu führt die Möglichkeit, abstimmen zu gehen, bei Armin dazu, dass er sich trotz eher mittelmässigem Interesse über Politik informiert: „[...] wenn jetzt Abstimmungen sind, dann informiere ich mich, um zu schauen, was man da jetzt stimmen sollte oder ob ich überhaupt stimmen will. Aber sonst bin ich eigentlich nicht so wirklich interessiert an Politik.“ Auch Katharina, die als ausländische Staatsangehörige nicht abstimmen darf, würde sich stärker über Politik informieren, falls sie im Besitz des entsprechenden Bürgerrechts wäre: „Ich würde mich auf jeden Fall mehr informieren.“

Diese Aussagen zeigen, dass die Vergabe von realen Entscheidungskompetenzen (sprich: das Wahl- und Abstimmungsrecht) sich positiv auf ihr Interesse an Politik auswirkt. Dieser Befund erhärtet auch der Blick auf die untenstehende Tabelle: In den homogenen Diskussionsgruppen mit Voll- und Minderjährigen war die überwiegende Mehrheit an Politik bzw. nicht interessiert.

Abbildung 4: Interesse an Politik nach Alter (Stimm-/Wahlberechtigung)

	Volljährige	Minderjährige	gemischt	gemischt	gemischt	Anzahl total
interessiert	6	3	9	6	7	31
teilweise		4		4	4	12
nicht		3	1	1		5

Auswirkungen des sozialen Kontexts auf das Interesse an Politik

Während Bürgerrecht und Alter eine von der Lebenswelt der Jugendlichen unabhängige Grundvoraussetzung darstellen, die das Interesse an Politik bei Jugendlichen begünstigen oder hemmen, spielt das spezifische soziale Umfeld ebenfalls eine zentrale Rolle, die sich auf ihr Interesse an Politik auswirkt. Wenn Verwandte oder Bekannte selber aktiv in der Politik tätig sind, erhöht dies auch das Interesse beim betreffenden Jugendlichen, wie sich an mehreren Aussagen zeigt, z. B. jener von Dario: „Ich bin sehr an Politik interessiert und verfolge es ziemlich täglich. Ich habe auch viele Bekannte, die in der Politik aktiv sind und daher bin ich ziemlich dabei.“ Lauras Interesse an Politik wurde durch Ihre Mutter geprägt: „Mit Politik bin ich aufgewachsen, weil sich meine Mutter in der Politik engagiert, schon seit immer; sie ist Gemeinderätin. Deshalb war das bei uns zuhause immer ein Thema.“ Auch alltägliche Gespräche in der Familie über politische Themen können sich positiv auf das Interesse an Politik auswirken, wie aus der Aussage von Chiara hervorgeht: „Ich bin [an Politik] interessiert, es wird auch zu Hause beim Mittagessen und so ab und zu diskutiert.“

Eine äusserst wichtige Rolle zur Förderung des Interesses an Politik nimmt die Schule wahr, wie aus mehreren Gesprächen im Rahmen der Gruppendiskussionen hervorging, beispielsweise bei Meret: „In der Schule finde ich es [Politik, MK] eigentlich noch spannend.“ Dies ist auch bei Lukas der Fall: „Ich bin durchaus politisch interessiert. Dies wird u.a. auch in der Schule gefördert – in Geschichte, Wirtschaft etc.“ Die Schule kann dies aktiv fördern. So erwähnte beispielsweise Tim einen Lehrer, der es in der Geschichtsstunde geschafft hat, mit Podiumsdiskussionen Politik interessant zu machen und den Wunsch zu wecken, sich mit politischen Themen zu beschäftigen: „Das [die Podiumsdiskussion] ist super gelaufen. Jeder musste ein bisschen etwas machen und hat angefangen, sich zu informieren. Am Anfang war es mehr so, ah, nein, nächste Aufgabe. Aber dann, nach ein-, zweimal, ist es richtig interessant geworden. Die Leute haben angefangen, sich dafür zu interessieren.“

Diese frühe Beschäftigung mit Politik halten die Jugendlichen selbst für wichtig, wie es z.B. Laura ausdrückt: „Ich glaube auch, wenn man nicht irgendwie mit Politik aufgewachsen ist, dann hat man auch keine Berührung damit. Und dann wird man 18, kriegt ein Stimmcouvert und dann hat man keine Ahnung, was man machen soll. Also ich glaube, man muss schon etwas vorher anfangen, eine Spur zu legen und die Leute mit Politik in Berührung bringen.“ Ähnlich auch die Meinung von Tim: „Man sollte die Jungen mehr wachrütteln, dass sie auch etwas zu sagen haben. Und ja, momentan ist es einfach nicht so super, was die Jungen machen, oder eben nicht machen.“

4.2 Politisches Handeln

Das bei der Mehrheit der Jugendlichen vorhandene politische Interesse mündet durchaus in konkrete politische Handlungen. Am häufigsten sind die Teilnahme an Abstimmungen und weiteren Formen politischer Mitbestimmung, etwas weniger beliebt ist das Engagement in etablierten Institutionen wie Parteien.

Abstimmen...

Die quantitative Befragung zeigte, dass rund vier Fünftel der stimm- und wahlberechtigten Jugendlichen von diesem Recht schon Gebrauch gemacht haben (vgl. Ovcina et al. 2014: 69). Dieses Bild bestätigte sich in den Gruppendiskussionen: Ein Grossteil der Diskutanten bestätigte, selbst schon einmal gestimmt zu haben. Die Aussagen von zwei Teilnehmern lassen vermuten, dass dieser Wert in der Gruppe der politisch Interessierten und deren Umfeld höher ist als bei den Nicht-Interessierten. Samuel, selbst politisch interessiert, meint, „in meinem näheren Umfeld [kenne ich] fast niemanden, der nicht abstimmt. Auch in meinen letzten Klassen, während der Lehre und jetzt auch während der Passerelle, sind eigentlich alle politisch interessiert gewesen oder sogar engagiert in Parteien. Aus meiner Perspektive ist eigentlich das Interesse recht hoch.“ Dieser Aussage pflichteten mehrere Diskussionsteilnehmer bei; allerdings wird auch auf Einschränkungen hingewiesen, wie eine Studentin erzählt: „Ja, im persönlichen Umfeld würde ich mich anschliessen, aber das hat sich halt ein wenig ergeben. Ich bin momentan im letzten Semester an der [Name-]Fachschule, dort würde ich sagen, vielleicht 40 Prozent [gehen abstimmen, MK], allerhöchstens, und das Durchschnittsalter liegt bei etwa 25. [...] Am besten finde ich diejenigen, die sich aufregen nach der Abstimmung, aber nicht gegangen sind.“

Die Jugendlichen selbst sehen einen Grund für die Politikferne einiger ihrer Kolleginnen und Kollegen auch im Alter derjenigen, die politische Themen vermitteln. Wenn Vorlagen vorgestellt würden, meint Laura, sei das Durchschnittsalter derjenigen, die die Vorlagen präsentierten, „gefühlte 65. Und dann wundert man sich, warum die jungen Leute nicht abstimmen gehen.“

Dennoch findet es ein grosser Teil der Diskussionsteilnehmer wichtig, sich an Abstimmungen zu beteiligen. Diese Meinung wird zum einen mit der positiven Beurteilung des politischen Systems begründet: „Es ist schon schade, wenn man das Recht und so ein schönes System hat, dass man das einfach nicht nutzt.“ Zum andern wird mit der Verantwortung für die Auswirkungen politischer Entscheidungen argumentiert. Dazu Ursina, stellvertretend für ähnliche, in den Diskussionen geäusserte Meinungen: „Ich finde, es ist wichtig, dass man abstimmen geht. Weil nachher reklamieren kann jeder. Aber wenn man sich nicht aktiv daran beteiligt, dann muss man halt das nehmen, was es gibt.“

Es gibt aber auch die gegenteilige Meinung, ausgedrückt durch Armin: „Also ich finde, das Abstimmungs- und Politikzeugs sollen die machen, die eine Ahnung davon haben. Ich stimme nur ab, wenn es mich wirklich brennend interessiert [...]. Aber sonst denke ich, das kommt dann schon gut, wie es kommt.“ Einer der Schüler sieht die breit ausgebauten Volksrechte auch skeptisch. Er findet, dass die Schweizer Bevölkerung zum Teil zu viel mitreden könne und dadurch den politisch Prozess lähmen würde. Vor allem in kleineren Bereichen sollte das Volk nicht immer gefragt werden.

Die Mehrheit der Jugendlichen findet jedoch eine Beteiligung an Abstimmungen nicht nur wichtig, sondern ist sich auch der damit verbundenen Verantwortung als Staatsbürger bewusst: „Man muss sich auch der Verantwortung, sage ich mal, bewusst sein. Dass man nicht so leichtsinnig [entscheidet, MK], es geht auch um die Zukunft.“ Auch in der Diskussion über eine mögliche Senkung des Abstimmungsalters auf 16 Jahre wird dieses Bewusstsein für die staatspolitische Verantwortung deutlich. Eine Mehrheit der minderjährigen Diskutanten würde eine solche Änderung des Stimm- und Wahlrechtalters an bestimmte Voraussetzungen knüpfen: „Ich finde, sobald

man es in der Schule hat, ist es sinnvoll abzustimmen. Aber viel früher hat es mich nicht interessiert und dann finde ich, bringt es überhaupt nichts, wenn man einfach irgendetwas anhand von irgendwelchen Werbeplakaten stimmt.“ Dieses Votum fand in der Diskussion viel Zustimmung und wurde auch in anderen Diskussionsgruppen so geäußert: „Ich finde es jetzt auch so gerade gut, dass man es zuerst in der Schule anschaut und für jene, die sich sehr stark interessieren, verstehe ich schon, dass sie gehen möchten – aber der Rest sollte zuerst einen Einblick erhalten, worum es eigentlich geht.“

...und Mitbestimmen

Neben dem Abstimmen wünschen sich die Jugendlichen weitere Mitbestimmungsmöglichkeiten, die nicht den engen Kern der politischen Institutionen betreffen. Mehr Mitbestimmung wird vor allem dort gewünscht, wo die eigene Lebenswelt direkt betroffen ist. Als konkretes Beispiel nennt eine Schülerin die Vorgabe, das Fach Englisch mit dem „Certificate of Advanced Studies“ abschliessen zu müssen, was sie nervt. Dazu Livia: „Wenn es einen betrifft, stört es einen halt wirklich. Und über solche Sachen, finde ich, kann man sich gut politisch engagieren.“

Nicht überall, wo Mitbestimmungsmöglichkeiten gegeben sind, werden diese jedoch als reelle Chance bewertet, um tatsächlich etwas verändern zu können. Konkret wurde das Beispiel eines Schülersausschusses am Gymnasium Schiers angeführt: „Es hat schon immer geheissen, ja, ihr habt die Möglichkeit. Aber wenn es dann schlussendlich drum gegangen ist, war es eben halt meistens so, dass nichts gemacht worden ist.“

Kurzfristiges politisches Engagement vor langfristiger Bindung an Institutionen bevorzugt

Einige Diskussionsteilnehmer lassen ihrem Wunsch nach mehr Mitbestimmung Taten folgen. Mehrere Diskussionsteilnehmer haben vor einiger Zeit Unterschriften gegen eine Vorgabe im Zusammenhang mit dem Fach Latein gesammelt. Das Thema wurde im Grossen Rat behandelt, die Petition war erfolgreich. Andere können sich vorstellen, eine Initiative zu unterstützen oder an einer Demonstration teilzunehmen. Allerdings polarisiert diese Form des politischen Engagements; einer der Teilnehmer hält sie für ein „öffentliches Ärgernis“ und zweifelt an ihrer Wirkung. Ein anderer Teilnehmer hat mit dem Gedanken gespielt, einmal an einer Demonstration teilzunehmen; der zeitliche und finanzielle Aufwand (Reisekosten) hielt ihn dann allerdings davon ab. Ein weiterer Teilnehmer ist zwar aktiv am Aufbau einer Jungpartei beteiligt, sieht dies jedoch zum Vornherein als temporäres Engagement: „Ich bin jetzt Vorstandsmitglied der jungen [Partei] Graubünden. Ich mache das nur, sobald das Teil läuft, danach sage ich ‚tschüss‘ und gehe wieder. Ich mache das nur, damit diese Partei funktioniert, damit die Leute kommen und sich dafür interessieren. Wenn das Ding läuft, dann gehe ich wieder.“

In den Gesprächen nennen die Teilnehmer mehrere Gründe gegen eine langfristige Parteienbindung. Ein Hauptgrund ist der Zeitaufwand, der viele abschreckt, wie es Jakob formuliert: „Beim längerfristigen Engagement ist es halt wirklich eine Frage der Zeit. Ich bin etwa vor drei Jahren einer Partei beigetreten und am Anfang habe ich recht viel gemacht [...] zum Beispiel die Website [...]. Mit der Zeit musste ich immer wieder ein paar Sachen abgeben, weil einfach die Zeit nicht mehr gereicht hat; weil man noch viel anderes los hat, die Schule und sonst halt noch. [...] ich finde es recht schwierig, überhaupt die Zeit zu finden, einfach auch aktiv irgendwo mitzumachen und dabei zu sein.“ Zudem setzen einige der befragten Schüler ihre kostbare Freizeit lieber dafür ein „etwas Sportliches zu machen“ und neben der Schule nicht auch noch weitere „Kopfarbeit zu machen“.

Viele der Jugendlichen können sich zudem nur schwierig mit einem Parteiprogramm identifizieren, was Livia stellvertretend für mehrere Jugendliche äusserte: „Für mich [gibt es] einfach keine Partei gibt, von der ich sagen könnte, ja, das unterstütze ich und das finde ich in jedem Bereich gut. Und darum wüsste ich nicht, was ich so langfristig unterstützen sollte. Es ist dann eher mal so eine Initiative, die ich wirklich gut finde.“ Zudem schrecken

Eigeninteresse und Machtspiele einzelner Personen die Jugendlichen von einem Parteiengagement ab: „Ich sehe jetzt selber, was bei der [Parteiename] abgeht. Gewisse Positionen werden als Sprungbrett genutzt. [...] Ja, eigentlich ist es noch interessant, dass man zum Teil nicht die Personen in den Vorstand nimmt, die etwas bringen, sondern die, die sich nachher zur Wahl stellen und dann vorweisen können ‚hey liebes Volk, ich war im Vorstand, ich kann das.‘“ Einige Teilnehmer äusserten ebenfalls Bedenken gegen ein Parteienengagement, da sie sich davor fürchten, durch die Mitgliedschaft in eine bestimmte Ecke gestellt oder mit bestimmten, umstrittenen Exponenten von Parteien verglichen zu werden. Ein Jugendlicher erzählte, dass er aus diesen Gründen gar aus einer Partei wieder ausgetreten sei.

5 Rolle der Medien / Kommunikation

5.1 Reziprokes Verhältnis zwischen Informationsverhalten und Abstimmungen/Wahlen

Die Jugendlichen üben ihr Stimm- und Wahlrechts keineswegs leichtfertig aus, sondern erachten diese Bürgerrechte als grosse Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, wie oben (Abschnitt 4.2) gezeigt wurde. Dementsprechend bilden für sie die Nutzung von medialen Informationsquellen und die Diskussion über Politik wesentliche Strategien, um von diesen Rechten verantwortungsvoll Gebrauch zu machen. Die Möglichkeit zur Teilnahme an bevorstehenden Abstimmungen und Wahlen führt zu einem erhöhten Informationsbedarf und zieht die Nutzung verschiedener Informationsquellen nach sich. Eine Schülerin erzählt, sie habe das Abstimmungsbüchlein bei der letzten Vorlage „ziemlich gut durchgelesen“ und auf dieser Basis „versucht, einen Entscheid zu fällen.“

Allerdings ist das Verhältnis zwischen Wahlen/Abstimmungen und Information nicht unidirektional, indem Abstimmungen zu einer zweckrationalen Nachfrage nach Informationen führen. Vielmehr ist das Verhältnis als reziprok anzusehen, indem der öffentliche und halböffentliche Diskurs überhaupt erst dazu führen kann, dass sich Jugendliche mit einem Thema auseinandersetzen und diese Auseinandersetzung letztlich in konkretes politisches Handeln (sprich: Teilnahme an Abstimmungen) führt. Gerade polarisierende Themen können durchaus einen entsprechenden positiven Effekt hervorrufen, wie aus der Aussage von Gian-Reto exemplarisch hervorgeht: „Bei den nationalen Initiativen, gerade wenn sie polarisieren, dann gehst du vor allem suchen. Oder vielleicht gibt es mal einen Link in der FACEBOOK-Gruppe oder eben auf 20 MINUTEN: Da ist ein Skandal passiert, dann schaust du mal nach, was das gewesen ist, was der gesagt hat und was die Meinung gewesen ist.“ Auch bei Sascha hat der (halb-) öffentliche Diskurs zu entsprechendem Informationsverhalten geführt: „Ich höre meistens, wenn die Leute darüber reden, und wenn es mich interessiert, dann frage ich nach. Wenn ich jetzt finde, dass es etwas Wichtiges ist, dann informiere ich mich auch genauer und sonst ein bisschen weniger.“

Ein weiteres Indiz dafür, dass der öffentliche Diskurs über Politik zu einem gesteigerten Interesse an diesem Thema führt, ist die oben erwähnte Aussage von Schülern, Lokales würde sie weniger interessieren als Nationales, weil sie die Medienberichterstattung über diesen Bereich für wenig präsent halten (siehe oben, Kapitel 4.1).

5.2 Genutzte Informationsquellen

Journalistische Off- und Onlinemedien

Als Informationsquellen für bevorstehende Abstimmungen und Wahlen nutzen die Jugendlichen traditionelle, journalistische Massenmedien und nicht-journalistische Medien mit politischen Inhalten. Bei den klassischen Massenmedien bestätigten sich in den Gruppendiskussionen die Ergebnisse der quantitativen Befragung mehrheitlich (vgl. Ovcina et al. 2014: 29-32): Für Lokales/Regionales wird hauptsächlich auf Lokal- und Regionalzeitung zurückgegriffen, für Nationales und Internationales auf Print-Tageszeitungen, „die sowieso zu Hause herumliegen“ (wie SÜDOSTSCHWEIZ, NZZ) und auf Onlineportale und Fernsehsendungen wie TAGESSCHAU oder ARENA. Bei den Online-Nachrichtenportalen werden besonders 20 MINUTEN oder WATSON benutzt. Diese Medienprodukte sind beliebt, weil sie die Informationsbedürfnisse der Jugendlichen gut zu befriedigen scheinen. So lobt Salome das Konzept von WATSON, die „Aufmerksamkeit mit einer grossen Grafik“ herzustellen „und nachher hat man den Text. Ich finde dies optisch sehr ansprechend. Plus es ist einfach genug geschrieben, man muss nicht wie bei der NZZ jeden Teil dreimal lesen und kommt irgendwann nicht mehr draus.“ Ebenfalls wird das Radio genutzt (v.a. im Auto), und zwar öffentliche sprachregionale Programme (v.a. SRF 3) als auch regionale Privatradios wie RADIO GRISCHA).

In den Gruppendiskussionen bestätigte sich ebenfalls der Befund, dass geringes Interesse an regionalen privaten Fernsehsendern besteht. Als Grund dafür gaben die Jugendlichen in den Gesprächen an, dass diese Sender sie vom Stil und den Themen her „einfach überhaupt nicht ansprechen.“

Nicht-Journalistische Informationsquellen

Zur Informationsbeschaffung über politische Themen greifen die Jugendlichen nicht nur auf publizistische/journalistische Medien, sondern auch andere nicht-journalistische Informationsquellen mit politischen Inhalten zurück. Bei den Printprodukten sind es die vom Bund und der Gemeinde versendeten Abstimmungsunterlagen. Diese sind bei einem Grossteil der Jugendlichen aus den Gruppendiskussionen bekannt. Ihre Aufbereitung polarisiert allerdings: „Für die quasi neutrale Meinung ist das Büchlein, das man mit den Abstimmungsunterlagen kriegt, noch recht gut, weil es neutral geschrieben ist. Es sind nicht Parteien, die einfach eine Meinung vertreten und versuchen, sich dafür einzusetzen. Sondern es ist wirklich neutral und objektiv. Ja, das finde ich eigentlich noch gut so als Information“, meint Dominik unter Zustimmung einiger Diskutanten. Für andere hingegen ist der Komplexitätsgrad zu hoch. Deutlich drückt dies bspw. Gianna aus: „Mir ist das viel zu kompliziert. Ich verstehe kein Wort.“ Eine weitere Kritik am Abstimmungsbüchlein ist, dass es für einige Jugendliche zeitlich später als die mediale Berichterstattung eintrifft. Man lese und höre bereits die verschiedenen politischen Meinungen zu einer Vorlage, ohne dass man den „Text, der nun zur Abstimmung steht“ gesehen habe. Dies erschwere es, sich eine eigene Meinung zu bilden und sich dafür zu interessieren.

Neben dem Abstimmungsbüchlein nutzen die Jugendlichen auch Onlinequellen mit politischen Informationen. Einzelne Schüler informieren sich beispielsweise auf den Websites des Bundes oder der Parteien und nehmen sich damit die Mühe, sich über Originalquellen zu informieren oder Informationen zu prüfen. Breiter genutzt werden Onlineportale wie EASYVOTE oder VIMENTIS. Insbesondere EASYVOTE war den meisten Jugendlichen bekannt und wurde durchwegs positiv bewertet. Gelobt wird, dass es Informationen „vereinfachend und bildlich“ zeigen würde. Es sei „gut gemacht und nachvollziehbar“, also einfach „mega gut. War eine super Idee!“ Einige Jugendliche haben dieses Portal im Unterricht in der Schule kennengelernt, einigen wird eine Printversion durch ihre Wohngemeinde automatisch zugestellt.

Soziale Netzwerke spielen als Informationsquellen ebenfalls eine Rolle; jedoch etwas weniger ausgeprägt, als anzunehmen war. Genutzt werden hauptsächlich Twitter und Facebook-Gruppen. Auf Informationen in solchen Gruppen stossen die Jugendlichen laut eigener Aussage über gezielte Recherche oder Verlinkung: „Hat es verschiedene [Facebook-] Gruppen, die ein wenig in die gleiche Richtung tendieren, dann kann man die liken, untereinander austauschen und dann sieht man so etwa, worum es geht, was so läuft.“ Dabei üben die Jugendlichen im Umgang mit sozialen Medien einen recht bewussten Umgang. Dazu Livia: „Ich will zum Beispiel meine Meinung über politische Themen nicht in öffentlichen Netzwerken äussern. Das ist immer ein bisschen heikel.“

Eine weitere Informationsquelle sind nahe Bezugspersonen im direkten Umfeld der Jugendlichen, insbesondere Eltern und Kollegen, wie u.a. aus der Aussage von Gianna hervorgeht: „Ich frage meistens andere Leute, die drauskommen, ob sie mir solches Zeug erklären können. Weil in der Zeitung, kriege ich mit, dass irgendetwas ist, aber irgendwie nicht das Grundlegende.“

Wünsche an die politische Berichterstattung

Im Zuge des Gesprächs über die genutzten Informationsquellen äusserten die Jugendlichen Kritik und Wünsche an die Berichterstattung. Dabei zeigte es sich, dass neutrale Information ein starkes Bedürfnis darstellt. Dies ist in ihren Augen bei vielen Medien nicht gegeben. Die politische Berichterstattung wird oft als subjektiv empfunden. Ebenfalls stören sich die Jugendlichen an der Polarisierung der Politik, wie dies zum Beispiel Mario ausdrückte:

„Für mich persönlich wäre es wichtig, dass man zurück zur Sachpolitik kommt. Eine Sendung wie die Arena [...] arbeitet] einzig auf den Populismus hin und nimmt einfach polarisierende Politiker und lässt diese gegeneinander los.“ In den Augen der Jugendlichen trägt die Schuld an der Polarisierung jedoch auch die Politik mit, da Politiker nur dann auffielen und Stimmen holten, wenn sie polarisieren würden. Dies wird für problematisch gehalten, da „dadurch einfach keine gescheite Sachdiskussion entstehen kann.“

Neben stärkerer Neutralität und weniger Polarisierung äusserten die Jugendlichen weitere Wünsche an die Medien. Hintergründe und Sachverhalt sollten besser erklärt werden. Nadja zum Beispiel würde im konkreten Fall gerne von den Medien erfahren, „was man genau mit dieser Abstimmung erreichen will und was die mögliche Pros und Contras sein können.“ Damit in Zusammenhang steht der Wunsch nach mehr Transparenz der Meinungen. Ein Gesprächsteilnehmer schlägt vor, eine Erklärung ins Thema zu bringen und danach ausführlicher zwei explizit offen gelegt, konträre Meinungen vorzustellen.

Ebenfalls stören sich die Jugendlichen daran, dass in ihrer Wahrnehmung die politische Berichterstattung häufig zu viele Vorkenntnisse verlange, um überhaupt verstanden zu werden. Deshalb schlagen sie vor, die Artikel mit einer kurzen Zusammenfassung des Inhalts der politischen Vorlage zu ergänzen. Gewünscht wird auch ein „lockerer-flockiger“, „unverfänglicher Schreibstil“, wobei die Texte nicht zu lange sein dürfen. Der Text sollte mit visuellen Elementen verbunden werden; diesbezüglich wird das Onlineportal WATSON als positives Vorbild gelobt (wie oben erwähnt).

In Zusammenhang mit der medialen Aufbereitung politischer Informationen stellte eine Diskussionsteilnehmerin einen Generationenkonflikt fest. Sie hält es für problematisch, dass Jugendliche, die sich erst mit Politik zu beschäftigen beginnen, Medien konsumieren müssten, die von einer älteren Generation produziert würden. Die Wahrnehmung und Einschätzung bestimmter Sachverhalte sei bei den Jungen anders als bei den Älteren.

5.3 Politische Diskussionen

Für den Austausch über politische Themen ist das persönliche Gespräch im persönlichen Umfeld (Familien- und Freundeskreis, Schul- oder Arbeitskollegen) von grosser Wichtigkeit – womit sich die Befunde der Befragung wiederum bestätigten (vgl. Ovcina et al. 2014: 36-48). Insbesondere die Familie erwähnen zahlreiche Teilnehmerinnen und -teilnehmer der Gruppendiskussionen als wichtigen Ort zur Diskussion politischer Fragen. Das Gespräch mit den Familienmitgliedern wird aus verschiedenen Gründen geschätzt: um an weiterführende Erklärungen zu unverständenen Sachverhalten zu gelangen; um etwas über die Standpunkte der Eltern zu erfahren, die wegen den anderen Lebenserfahrungen für spannend gehalten werden oder weil sich spannende Diskussionen ergäben. Die Diskussion in der Familie wird auch deshalb geschätzt, da sie ein geschützter Ort sei, um Meinungen auszutauschen, ohne soziale Konsequenzen befürchten zu müssen, wie dies eine Schülerin ausdrückte: „Zu Hause kann man auch besser etwas nachfragen, ohne dass man 20 Gegner oder so hat.“

Eine gewisse Diskrepanz zu den Befunden der Befragung zeigt sich hingegen bei der Diskussion von Politik über Onlinemedien, insbesondere Messenger-Applikationen. Social Media werden zwar genutzt, scheinen aber für Gespräche über Politik eine eher nebensächliche Rolle zu spielen. Messenger-Applikationen zur Diskussion von Politik kommen denn bevorzugt in speziellen Situationen zum Einsatz; etwa dann, wenn mit Kollegen im Ausland ein internationales Thema diskutiert wird: „Ich glaube, das wäre das Einzige, was ich über Whats App besprechen würde. Weil du nicht die Möglichkeit hast, mit diesen Leuten das persönlich [zu besprechen].“ In einem konkreten Fall kommuniziert ein Schüler über Skype-Chat mit Freunden im Ausland. Dabei sei aber häufig auch das Telefon involviert, meint er.

Eine Schülerin gibt an, dass die Masseneinwanderungsinitiative bis jetzt das einzige Thema war, über das es in ihrem Umfeld auf Facebook Diskussionen gegeben habe. Viele hätten dann gepostet, andere hätten etwas darunter geschrieben, und so seien wirkliche Diskussionen entstanden. Andere erwähnen, dass es ab und zu Facebook-Beiträge zu politischen Themen gebe, die sie auch lesen würden, die aber nie Anlass für Diskussionen seien. Weiter komme auch vor, dass jemand einen Link zu einem Zeitungsbeitrag poste und sich daraus eine Diskussion entwickle.

Diese Fälle scheinen aber eher die Ausnahme zu sein als die Regel. Die Diskussionsteilnehmer beurteilen den Einsatz von Social Media eher kritisch. Gian-Reto etwa sieht klare Vorteile im persönlichen Gespräch. Während dies erlaube zu erklären, was man meine, gäbe es mit elektronischen Medien schnell Missverständnisse. Abgesehen davon dauere es „eine halbe Ewigkeit, bis man es geschrieben habe.“ Verschiedentlich wird betont, dass Social Media dazu verleiten könnten, Grenzen zu überschreiten. Jemand drückt es so aus: „Grad bei Facebook habe ich persönlich das Problem, dass es halt sehr schnell sehr polemisch wird. Und dass die Leute halt einfach anfangen, sich gegenseitig zu beleidigen und so und da möchte ich einfach nicht mitmachen.“ Es werde zum Teil ziemlich vulgär, meint ein Schüler. Dies liege daran, dass man viel schneller etwas geschrieben und abgeschickt habe. Und man sehe das Gegenüber gar nicht mehr, überlege sich nicht, was der denken könnte. Kritisch bemerkt wird auch, dass es immer wieder Leute gebe, die auf Posts von Parteien mit Kommentaren unterhalb der Gürtellinie reagieren würden.

Auch die Gefahr, dass man sich exponiert mit einem Beitrag, wird durchaus gesehen: „Wenn man etwas öffentlich reinschreibt, sehen das viel zu viele Leute. Auch die, die man gar nicht kennt. Und es muss ja nicht jeder die politische Meinung von einem selber wissen. Da kann man bei den einen oder anderen Leuten schon recht in den Hammer laufen, je nachdem, was für Themen das sind.“ Es scheint, dass die Jugendlichen für die kritischen Punkte im Zusammenhang mit Social Media recht stark sensibilisiert sind.

Aus den Aussagen in den Gruppendiskussionen zeigt es sich, dass auf sozialen Netzwerken und Messenger-Tools hauptsächlich Metakommunikation über Politik stattfindet, vermutlich weniger politische Inhalte im engeren Sinne diskutiert werden, worauf Nadja hinwies: „so im Stil von: Bist Du draus gekommen, worum es das letzte Mal gegangen ist, nein, Du schon, nein, ich auch nicht“. Gerade die an Politik interessierten Jugendlichen bevorzugen es deshalb, „face-to-face, im Ausgang hauptsächlich“ zu diskutieren.

6 Anforderungen an die geplante Webapplikation

6.1 Interesse an der neuen Online-Plattform „Scoop-it 2.0“

Wesentliches Ziel des Gesamtprojekts ist es, eine Online-Plattform zu schaffen, welche die politische Partizipation der Jugendlichen fördern soll. Die quantitative Befragung zeigt, dass das Potenzial für eine solche Plattform vorhanden ist: 30% der Jugendlichen sagten aus, sich für ein solches Angebot zu interessieren, 47% zeigten sich dafür offen. Dieser Befund wurde in den Gruppendiskussionen bestätigt: Viele gaben an, ein solches Angebot nutzen zu wollen, einige wollten sich jedoch noch auf keine Aussage festlegen. Als Grund für die Motivation, eine solche Plattform zu nutzen, nannten die Jugendlichen den Wunsch, die eigene Meinung auszudrücken, eigene Anliegen diskutieren zu können oder eigene Vorschläge einzubringen und dadurch etwas zu bewegen: „Es gibt einem auch immer die Motivation, bei etwas mitzumachen, wenn man weiss, dass man etwas ändern könnte oder selbst Meinungen, Vorschläge einbringen kann.“

In den Gruppengesprächen wurde deutlich, dass der hohe Anteil an „Weiss nicht“ keineswegs als Desinteresse an einer solchen Onlineplattform interpretiert werden sollte, sondern auf mangelnde Informationen bezüglich der Umsetzung zurückzuführen ist, was sich exemplarisch an folgender Aussage einer Teilnehmerin zeigt: „Ich würde sagen, es kommt halt wirklich darauf an, wie es aufgebaut ist. Wenn es einen überhaupt nicht anspricht und es darauf ein Durcheinander ist; wenn man nicht so richtig einen Überblick gewinnt, und es einem nicht so viel bringt, schaut man es vielleicht an und lässt es dann vielleicht.“

Nur wenige Diskutanten stehen der Idee ablehnend gegenüber. Ihre Meinung begründen sie hauptsächlich mit dem grossen vorhandenen Angebot auf dem Internet und der Skepsis vor einer Informationsflut, wie aus folgender Aussage hervorgeht: „Mir würde es reichen, über Facebook die Informationen zu erhalten. Falls es nochmals eine Homepage gibt, muss ich mir den Namen merken und dann müsste ich ja jeden Monat wieder mal schauen.“

Diese Aussagen lassen sich dahingehend interpretieren, dass das Interesse an einer solchen Plattform vorhanden ist, diese Plattform in Aufbau und Funktionalität sich jedoch von den bestehenden Angeboten abgrenzen und den Wünschen der Jugendlichen entsprechen muss.

6.2 Funktionalität

Die Diskussion um die Funktionalität der Plattform lieferte wesentliche Hinweise, was sich Jugendliche von einem neuen Angebot wünschen und was sie ablehnen. Diskutiert wurden die in der Befragung abgefragten Funktionen. Im Folgenden werden die Aussagen zu den einzelnen Funktionen präsentiert.

Onlineplattform als App / Betriebssystem

Wie in der Umfrage wünschten sich auch die Jugendlichen in den Gruppendiskussionen eine App für mobile Geräte. Begründet wird dieser Wunsch u.a. damit, dass sich eine App auch offline nutzen lässt. Einzelne Jugendliche halten eine App jedoch nicht für notwendig. Ihre Skepsis dagegen begründen sie u.a. mit technischen Argumenten: Sie befürchten, dass die App nicht für alle gängigen Betriebssysteme zur Verfügung stehen würde und der Programmieraufwand hoch sei. Eine mobile Version der Onlineplattform muss in den Augen aller Diskussionsteilnehmer im Minimum jedoch vorhanden sein: „Die Homepage müsste für das Mobiltelefon kompatibel

sein [...]. Wenn Du nur eine normale Homepage hast, bist Du jedes Mal wieder dabei, das Bild zusammenzustreichen, weil es einfach zu gross ist. Und dann drückst Du irgendwo drauf und dann ist wieder alles zu gross, es ist einfach mühsam.“

Anonymität

Eine Mehrheit der Diskussionsteilnehmer und -teilnehmerinnen sprechen sich für die Möglichkeit anonymer Aktivitäten auf der Plattform aus. Allerdings ist dieser Wunsch nicht unumstritten: Einerseits wiesen einige Schülerinnen und Schüler deutlich auf die Gefahr hin, dass bei der Möglichkeit zur anonymen Teilnahme beleidigende Inhalte verbreitet würden. Andererseits wünscht sich die Mehrheit doch eine Form von Anonymität, da „jeder mehr Mut hat, seine Meinung zu sagen“ und das Eröffnen und Einloggen als umständlich empfunden wird. In mehreren Gruppendiskussionen kam der Vorschlag auf, Anreize für die nicht-anonyme Teilnahme zu setzen, indem anonymes Mitlesen und z.T. Schreiben möglich sind, weitere Funktionen (z.B. Themenvorschläge einreichen) jedoch nur von Personen genutzt werden können, die ihr Profil offenlegen. Als Möglichkeit, negative Auswüchse bei der anonymen Nutzung einzudämmen, wird die Kontrolle der Diskussion durch einen Moderator von einer Mehrheit der Jugendlichen bevorzugt.

Sich mit anderen Jugendlichen austauschen

Der Vorschlag, auf der Plattform Diskussionen zu ermöglichen, wurde von den Jugendlichen positiv aufgenommen. Einige Jugendliche sehen dies als Chance, mit Älteren oder Jüngeren in Kontakt treten zu können, wie dies Corsin unter Zustimmung seiner Kolleginnen und Kollegen formulierte: „Das Ziel sollte sein, so viele Leute wie möglich reinzubringen, die eigentlich das Stimmrecht haben, ab 18. [...] Dann kriegt man erstens mehr Leute. Zweitens werden auch Themen diskutiert, wo man die Meinungen von Älteren und von Jüngeren kriegt.“ Eine Schülerin schlägt vor, zusätzlich die Möglichkeit zu bieten, Fragen zu stellen, falls etwas unklar ist.

Anliegen und Meinungen selber anbringen, kommentieren und darüber abstimmen

Positiv aufgenommen wurde der Vorschlag, selbst politische Themen vorzuschlagen und diese diskutieren zu lassen. Im Verlaufe der Gruppendiskussionen konkretisierten die Jugendlichen diese Idee: Sie möchten eine Funktion, die es erlaubt, politische Themen vorzuschlagen, über die Weiterverfolgung des Themas abstimmen zu lassen und bspw. die drei am höchsten bewerteten Themen durch etablierte politische Akteure (z. B. durch das Jugendparlament) in den etablierten politischen Prozess zu bringen und dort weiterverarbeiten zu lassen. Dies sehen die Jugendlichen auch als Chance, die Nutzung der Plattform zu fördern, weil „die Leute sagen: Dies betrifft uns, wir melden uns auch an.“

Über Anliegen und Meinungen abstimmen

Die Möglichkeit, über konkrete politische Positionen oder Vorlagen abzustimmen, die bspw. eine Parole für die Vertreter des Jugendparlaments sein könnten, polarisiert hingegen. Damit bestätigen sich wiederum die Ergebnisse der Befragung: Lediglich etwas mehr als ein Drittel der Jugendlichen wünschten sich diese Funktion. Einige erachten Onlineabstimmungen aus zwei Gründen für heikel: Erstens erwarten sie vom Jugendparlament eine gewisse Neutralität: „Ich finde, es geht beim Jugendparlament darum, dass es ein neutrales Parlament ist, das informiert und Jugendliche in die Politik bringt – unabhängig davon, welche Meinung man hat. Genau wie Lea gesagt hat, finde ich es eher nicht gut, dass man Meinungen balkenmässig sieht.“ Zweitens befürchten einige einen Konformitätsdruck, der zur Beeinflussung der eigenen Meinung führen könnte: „Durch eine solche Abstimmung wird [man] eher beeinflusst.“

Über Anliegen und Meinungen von Jugendlichen in der Umgebung informiert werden und Gleichgesinnte kennenlernen

Der Vorschlag nach einer Funktion, Gleichgesinnte kennenzulernen, stösst wie in der Befragung auf eher mittelmässiges Interesse. Während dies eine Schülerin noch „cool“ fände und eine andere es als Chance sieht, durch das Kennenlernen von Gleichgesinnten gemeinsam etwas bewegen zu können, stehen andere dieser Idee eher skeptisch gegenüber. Sie finden, dass es zum Kennenlernen genügend andere soziale Netzwerke wie bspw. FACEBOOK oder TIMBER gäbe, welche eine solche Funktion anböten. Eine Schülerin wirft gar Sicherheitsbedenken auf („Man muss aufpassen, wenn da ein Pädo oder so rumläuft.“).

In der Diskussion entwickelten die Jugendlichen die Idee jedoch weiter: Sie empfehlen, diese Funktion als zusätzliche Option anzubieten oder eine Art Terminkalender einzurichten, um sich in der realen Welt zu treffen.

Unterhaltung anbieten

Diesen Vorschlag unterstützten in der Befragung lediglich ein Fünftel der Jugendlichen. In der Gruppendiskussion differenzierten die Jugendlichen den möglichen Bedeutungsgehalt jedoch aus. Unterhaltung im Sinne einer thematischen Erweiterung des Portals ohne engen Bezug zur Politik lehnten die Jugendlichen ab: „Es sollte politisch bleiben, alles andere wäre fehl am Platz.“

Unterhaltung im Sinne einer unterhaltsamen Aufbereitung der politischen Inhalte wurde jedoch als zwingend notwendig angesehen. Gewünscht werden informative Inhalte zu Abstimmungen mit eher kurzen Texten, Erläuterungen und multimedialen Inhalten – also Grafiken, Bildern sowie erklärenden Videos. Äusserst wichtig ist den Jugendlichen auch ein übersichtliches Layout mit einfacher, intuitiver Benutzerführung (vgl. Kap. 6.1).

Informationen über Aktivitäten auf der Plattform über Social Media oder per E-Mail erhalten

In der Befragung wünschten sich lediglich etwa ein Fünftel der Jugendlichen, über Aktivitäten auf der Plattform durch Social Media oder E-Mail informiert zu werden. In den Gruppendiskussionen differenzierten die Schülerinnen und Schüler diesen Vorschlag aus. Während einige einen E-Mail-Newsletter oder andere Formen von Push-Mitteilung für sinnvoll halten, stehen andere diesem Vorschlag wegen der bereits existierenden E-Mail-Flut skeptisch gegenüber. Falls ein Newsletter publiziert wird, wünschen sie ihn in stark visueller Form, der das Wichtigste kurz zusammenfasst und in nicht zu kurzen zeitlichen Abständen erscheint (maximal ein- bis zweimal pro Monat).

Im Verlauf der Diskussion unterbreiteten die Jugendlichen auch neue Vorschläge zur Benachrichtigung. Viele wünschten sich eine SMS-Information; skeptische Stimmen wiesen jedoch auch hier auf die Informationsflut hin. Ein Schüler schlug statt eines Newsletters einen regelmässig zusammenfassenden Informationsbeitrag in visueller Form vor: „Was ich noch lustig finden würde, wenn man aus diesen Informationen [...] alle zwei Wochen die wichtigsten Sachen rausnehmen würde und daraus irgendein Youtube-Video von fünf Minuten oder so zusammenstellen würde, in dem das jemand vorträgt und quasi dort die wichtigsten Sachen kurz erklären kann, so zusammenfassend.“

Weitere von den Jugendlichen eingebrachte Wünsche und Vorschläge

Im Verlauf der Diskussion unterbreiteten die Jugendlichen zusätzliche, eigene Wünsche und Vorschläge:

- **Neutralität:** Falls die Plattform auch Hintergrundinformationen anbietet, sollen sich diese am Grundsatz der politischen Neutralität orientieren. Auch bei den Diskussionen sollte ein Klima geschaffen werden, welches

gegenseitige Offenheit ohne (parteipolitische) Voreingenommenheit ermöglicht: „Auf dieser Plattform sollte man sich treffen können und über aktuelle politische Sachen diskutieren können [...]; es soll ein Politanlass sein, wo einfach auch eine gewisse Harmonie herrscht und eben nicht nur Bandenkrieg im Stil von ‚wer ist der Krasseste.‘“

- **Verknüpfung mit bestehenden Angeboten:** Einzelne Diskussionsteilnehmer schlagen vor, die neue Onlinenplattform mit bestehenden Angeboten wie EASYVOTE oder SMARTVOTE zu verbinden, denn „ansonsten ist es immer so verstreut, von dieser Website zu dieser. Es ist besser, wenn man alles auf einen Blick hat: Wenn es verknüpft ist, kann man einen Clip anschauen, diskutieren und so.“
- **Alter der Moderatoren:** Einige Diskussionsteilnehmer wünschen sich, dass die Plattform nicht ausschliesslich von Jungparlamentarier/innen im selben Alter moderiert und betreut wird. Vielmehr wünschen sie sich, dass sich auch etwas ältere Personen beteiligen. Als Grund wird die bessere Vernetzung von Älteren und deren Wissen angegeben: „Weil ich traue jemandem, der schon seit 20 Jahren dabei ist und Connections hat mehr zu als jemandem, der vielleicht seit zwei Jahren dabei ist. Obwohl er vielleicht voll engagiert ist und so.“
- **Werbung für die Plattform:** Zahlreiche Jugendliche halten es für wichtig, dass die Plattform bei ihrer Altersgruppe genügend beworben wird: „Wenn man es macht, wäre es sicher gut, dass Werbung dafür gemacht wird [...] und dass es nicht nur ein ganz kleiner Kreis ist. Dass man ev. auch mit der Schule darauf schauen gehen kann. Dies würde für viele den Zugang erleichtern und darauf aufmerksam machen.“
- Der **Name der Plattform** sollte gemäss Vorschlag eines Schülers mit Bedacht gewählt sein: „Was ich noch wichtig fände, ist, dass die Website einen gescheiten Namen kriegt. Nichts, das unprofessionell klingt. Das könnte die Leute abschrecken. Ich bin auch persönlich nicht so Fan von den ganzen englischen Seitennamen.“
- **Kostenlos:** Um eine entsprechende Breitenwirkung zu erzielen, empfehlen mehrere Schülerinnen und Schüler, die Plattform gratis anzubieten und gleichzeitig auf zu viel Werbung zu verzichten, damit „nicht alle zehn Sekunden ein riesiges Fenster öffnet.“ Ansonsten „ist es schnell wieder weg.“

7 Zusammenfassende Interpretation und Empfehlungen für die Praxis

7.1 Interesse von Jugendlichen an Politik: Gründe und Handlungsempfehlungen

Die Auswertung der Gruppendiskussion folgt der Annahme der „Grounded Theory“, dass einem zu untersuchenden sozialen Phänomen bestimmte Ursachen in Form von generellen Vorbedingungen sowie sozialem Kontext zu Grunde liegen. Die vom Phänomen Betroffenen haben bestimmte Strategien entwickelt, um damit umzugehen und zu handeln. Als zu untersuchendes Phänomen steht hier das Interesse von Jugendlichen an Politik im Vordergrund, womit auf das gesellschaftliche Problem einer scheinbar politisch desinteressierten Jugend eingegangen wird. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Studie auf Grundlage des „Codierparadigmas“ der Grounded Theory nochmals verdichtet dargestellt und Empfehlungen für die Praxis formuliert.

Die Studie machte deutlich, dass das **Recht, abstimmen und wählen zu gehen**, das Interesse der Jugendlichen an Politik zu steigern vermag. Jugendliche, die im Besitz dieser Rechte sind, interessieren sich stärker für Politik und informieren sich entsprechend mehr über diesen Themenbereich. Diese Vorbedingung ist wiederum an das Alter und das Schweizer Bürgerrecht als zwei weitere Bedingungen gekoppelt.

Einen wichtigen Einfluss auf das Interesse an Politik übt das **soziale Umfeld** der Jugendlichen aus. Jugendliche, deren Eltern und/oder Bekannte politisch interessiert sind und mit ihnen darüber diskutieren, interessieren sich stärker für dieses Thema. Neben dem persönlichen Umfeld ist auch die **Schule** eine Institution, welche das Interesse an Politik direkt fördern kann; indem sie politische und staatskundliche Themen auf eine attraktive Art und Weise in den Unterricht einbaut (z. B. Veranstaltung von Politikdiskussionen in Form von Rollenspielen). Nicht zuletzt lassen die Aussagen der Jugendlichen den Schluss zu, dass auch eine **breite mediale Berichterstattung** über einzelne politische Themen ihr Interesse an diesen Themen wecken und zu einer weiterführenden Beschäftigung mit dem Thema führen.

Das politische Interesse Jugendlicher steht als Phänomen im Zentrum dieser Studie – nur: was bedeutet politisches Interesse? Die Gruppendiskussion bestätigten die Resultate der vorgängigen Befragungsstudie: Jugendliche **interessieren sich hauptsächlich für nationale und internationale Politik**, Lokal- und Regionalpolitik scheint ihnen weniger attraktiv und weniger relevant zu sein. In den Gesprächen konnten die Jugendlichen die Gründe dafür explizieren: Lokalpolitik erscheint oft als kleinteiliges Routinegeschäft, wenig kontrovers und in ihrer Wahrnehmung medial wenig präsent zu sein. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie einzelne lokale Themen manchmal doch zu interessieren vermögen.

Das Interesse an Politik mündet bei einer Mehrheit der Jugendlichen zumindest sporadisch in konkreten politischen Handlungen, bestehend aus der **Teilnahme an Abstimmungen oder zeitlich beschränkten politischen Engagements im Rahmen des Sammelns von Unterschriften für eine Petition oder der Mitarbeit in Parteien**. Ein solches Engagement sehen sie jedoch klar als zeitlich befristet. Auf eine längerfristige institutionelle Bindung möchten sie sich wegen ihrer sich verändernden Lebensumstände im Übergang von Ausbildung zu Berufsleben, dem Zeitaufwand, mangelnder Identifikation mit Parteiprogrammen oder kritischer Einstellung gegenüber den Macht- und Interessensspielen in solchen Institutionen nicht einlassen. Obwohl ihr Engagement eher kurzfristig ist, sind sich die Jugendlichen der staatspolitischen Verantwortung durchaus bewusst

und üben ihr Abstimmungsrecht keineswegs leichtfertig aus. Sie halten diese Beteiligungsmöglichkeiten für äusserst relevant und machen sich die Entscheidungsfindung nicht leicht.

Die wichtigste Strategie, um ihrem Anspruch einer verantwortungsvollen Ausübung des Bürgerrechts gerecht zu werden, sind kommunikative Handlungen im Sinne des **Einholens von Informationen über politische Vorlagen und die Diskussion über die entsprechenden politischen Themen**. Das Einholen von Informationen dient zur Lösung des konkreten Problems, an weiterführende Informationen über eine Abstimmungsvorlage zu gelangen und die Argumente von Gegnern und Befürwortern kennenzulernen, um sich dadurch informiert eine eigene Meinung bilden zu können. Dabei wird auf **journalistische Medien und nicht-journalistische Informationsquellen** zurückgegriffen. Bei den journalistischen Medien sind dies hauptsächlich regionale Tageszeitungen, Onlinemedien (v.a. 20 MINUTEN und WATSON) sowie Fernsehsendungen wie TAGESSCHAU und ARENA. Für Lokales wird gelegentlich auf den Lokalanzeiger des Wohnorts zurückgegriffen. Bei den nicht-journalistischen Medien werden das „Abstimmungsbüchlein“, die Onlineportale EASYVOTE, VIMENTIS und FACEBOOK-Gruppen zur Information genutzt.

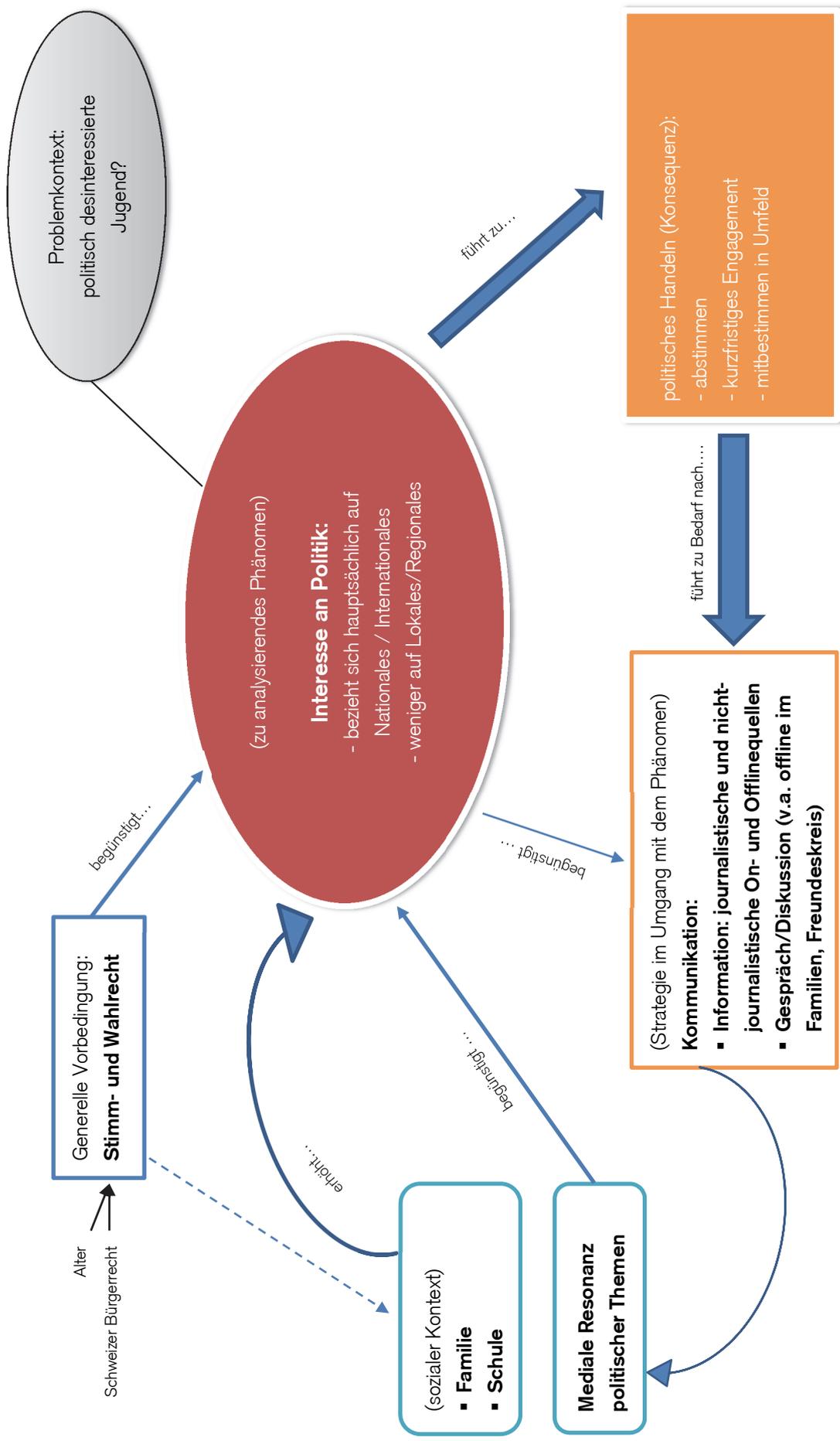
Wichtiger Teil dieser Informationstätigkeit ist auch in der digitalen Welt das **persönliche Gespräch in der Familie oder mit Schul- und Arbeitskollegen**. Solche Gespräche dienen dazu, Nachfragen zu Unverstandenem zu stellen oder neue Standpunkte kennenzulernen. Sporadisch werden politische Diskussionen über Messenger-Applikationen geführt – jedoch eher in speziellen Situationen, etwa wenn Kollegen im Ausland weilen. Es scheint so, dass Messenger eher der Metadiskussion und nicht der inhaltlichen Diskussion über Politik dient. Viele Jugendliche sind sich zudem der potenziellen Gefahren sozialer Netzwerke bewusst und verzichten bewusst darauf, ihre persönliche Meinung dort zu posten. Diese auf Basis der Aussagen der Jugendlichen hergeleitete Interpretation ist in Abbildung 5 grafisch dargestellt.

Die Suche nach Ursachen für das Interesse an Politik zeigt auch, dass das Interesse bzw. bei einigen das Desinteresse an Politik keine fest gegebene Grösse ist, sondern unterschiedliche Gründe hat. Indem die Jugendlichen in den Gruppendiskussionen gewisse Formen in der Politik und in der Kommunikation von Politik lobten und kritisierten, lieferten sie wichtige Hinweise, über welche Massnahmen sich ihr Interesse an diesem Themenbereich steigern lässt. Daraus liessen sich folgende Empfehlungen ableiten, die verschiedene Institutionen und Akteure betreffen.

Empfehlungen zur Steigerung des politischen Interesses Jugendlicher:

- staatliche Institutionen: gezieltes „Empowerment“ von Jugendlichen durch Eröffnung von Mitbestimmungsmöglichkeiten in Schule, Arbeitsplatz, staatlichen Institutionen; dabei Möglichkeiten schaffen, die den Bedürfnissen der Jugendlichen nach zeitlich befristetem Engagement ohne zu starke Interessenpolitik entgegenkommt
- Eltern: regelmässige Diskussionen über Politik im Alltag ermöglichen
- Schule: attraktiver Staatskundeunterricht mit starkem Bezug zu aktuellen politischen Themen
- Gemeinden: jugendgerechte Aufbereitung von Lokalpolitik; jugendgerechteren Zugang zu Lokalpolitik schaffen
- Medien (insbes. Lokalmedien): Jugendliche bewusster als Zielgruppe ansprechen:
 - neutrale Hintergrundinformationen über den Sachverhalt bieten (z. B. in Kästchen), auch bei Darstellung von politischen Kontroversen
 - wenn möglich multimediale Aufbereitung (Print: Infografiken)

Abbildung 5: Modell zum Interesse von Jugendlichen an Politik: Gründe, politisches Handeln und Strategien



7.2 Empfehlungen für die neu geplante Plattform

Die Gruppendiskussionen zeigten, dass eine Nachfrage nach einer neuen Onlineplattform, welche die Partizipation Jugendlicher digital fördern will, klar vorhanden ist. In den Gesprächen lieferten sie klare Hinweise zum Aufbau und der erwünschten Funktionalität der Plattform. Diese Hinweise werden in folgender Tabelle nochmals verdichtet dargestellt (grün = Konsens, Funktion erwünscht; gelb: nice to have; rot: abgelehnt).

Abbildung 6: Beurteilung der Funktionen der geplanten Onlineplattform „scoop-it 2.0“

Funktion	Bewertung	Weiterführende Anmerkungen
Onlineplattform als App; Mobile-optimierte Website als Minimallösung		Von den meisten gewünscht
Anonymität		Von den meisten erwünscht, jedoch auf Gefahren hingewiesen. Lösungsmöglichkeiten: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Moderation ▪ Ev. Anreize für Offenlegung des Profils durch exklusive Funktionen setzen
Austausch / Diskussion		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Optional gewünscht: altersübergreifende Diskussionen ▪ Möglichkeit, Fragen zu stellen
Anliegen einbringen und meistgewünschte durch etablierte politische Akteure weiterverarbeiten lassen		
Neutralität		Bei Hintergrundinformationen Neutralität wahren Diskussion so moderieren, dass sie nicht zu Politanlass etablierter Parteien und deren Positionen wird
Plattform bewerben		
Kostenlos		Kostenlos, ohne störende Werbeformen (z. B. Pop-Up)
Über Anliegen und Meinungen abstimmen		Vorschlag polarisiert: Falls Abstimmung eine Abstimmungsinstruktion für Jugendparlamentarier ist, würde dies als Widerspruch zur Neutralität des Jugendparlaments gesehen
Über Anliegen und Meinungen von Jugendlichen in der Umgebung informiert werden und Gleichgesinnte kennenlernen		Kein zwingendes Interesse, falls implementiert: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sicherheitsbedenken bei Treffen in realer Welt berücksichtigen ▪ Terminkalender für Veranstaltungen in realer Welt anbieten
Unterhaltung bieten	 	Zwingend: Unterhaltsame, multimediale Aufbereitung der politischen Informationen Keine thematische Erweiterung des Portals um unterhaltende Inhalte ohne Politikbezug

Informationen über Aktivitäten der Plattform erhalten		Verschiede Varianten optional (auf keinen Fall verpflichtend) anbieten: <ul style="list-style-type: none"> ▪ E-Mail-Newsletter ▪ SMS-Information ▪ Push-Meldung über Social Media-Plattformen
Multimedialer Informationsbeitrag, der Aktivitäten innerhalb eines bestimmten Zeitraums regelmässig zusammenfasst		Erweiterter, multimedialer Newsletter
Verknüpfung mit bestehenden Angeboten		Optional sollten Überlegungen angestellt werden, inwiefern solche Verknüpfungen strategisch erwünscht und technisch umsetzbar sind
Gemischtes Alter der Moderatoren		Von einigen erwünscht, um unterschiedliche Erfahrungshorizonte berücksichtigen zu können
Name der Plattform		Eingängig, aber professionell

Aus diesen ersten Empfehlungen wird deutlich, dass die rein technische Lösung vermutlich nicht genügt. Damit die Plattform für Jugendliche mittel- und langfristig attraktiv ist, sind Moderation, periodische Aktualisierung von Inhalten und die Aufnahme der Diskussionen auf der Onlineplattform in die reale Tätigkeit des Jugendparlaments notwendig. Wir empfehlen deshalb weiter, dass der Dachverband Schweizer Jugendparlament sich strategische Gedanken macht, wie die Plattform in seine Alltagstätigkeit eingebunden wird. In diesem Fall sehen wir äusserst grosse Chancen, dass die „scoop-it“ bei den Jugendlichen auch langfristig auf eine sehr grosse Resonanz stossen wird.

8 Fazit

Die vorliegende Studie verfolgte die Zielsetzungen, die über die quantitative Befragung gewonnenen Resultate zu überprüfen, Gründe für Antworten in der Befragung zu finden, Aussagen zum Bedürfnis und damit der Machbarkeit der geplanten Onlineplattform sowie weitere Vorschläge zu Funktionalität, Inhalt und Design der Applikation zu gewinnen. Zur Umsetzung dieser Zielsetzungen wurde die Methode der Gruppendiskussion mit Jugendlichen gewählt. Gesamthaft wurden fünf Gruppendiskussionen durchgeführt.

Die Ergebnisse der Gruppendiskussionen bestätigen die Ergebnisse der quantitativen Befragung mehrheitlich. Viele Jugendliche sind durchaus an Politik interessiert und nehmen an politischen Entscheidungen über Abstimmungen, durch zeitlich befristetes Engagement in Parteien, bei Petitionen etc. und weiteren Mitbestimmungsmöglichkeiten teil. Damit bestätigen sich andere, v.a. auf Deutschland bezogene Studien (vgl. Kapitel 3), welche aufzeigten, dass Jugendliche gegenüber der etablierten institutionellen Politik Vorbehalte haben, jedoch nicht per se politisch desinteressiert sind. Die hier vorliegenden Resultate zeigen auch, dass sich das Interesse der Jugendlichen an Politik über die Möglichkeit zur Mitbestimmung, den sozialen Kontext und die mediale Berichterstattung erhöhen lässt. Es zeigte sich ebenfalls, dass Jugendliche ihre Partizipationsmöglichkeiten nicht leichtfertig ausüben, sondern auf unterschiedliche journalistische On- und Offlinequellen zurückgreifen. Dabei bevorzugen sie eher kurze Texte, multimedial aufbereitete Informationen und eine gewisse Neutralität. Dieses Bedürfnis scheinen die Plattform *easyvote* und *watson* besonders gut zu befriedigen. Wichtig ist ihnen daneben auch das persönliche Gespräch, v.a. in der Familie, zum Teil auch mit Freunden oder Schul- und Arbeitskollegen.

Die Studie zeigte auch, dass eine Nachfrage nach einer neuen Onlineplattform, die politische Partizipation ermöglicht, vorhanden ist. Durch das Gespräch in den Gruppendiskussionen konnte der hohe Wert an „weiss nicht“ in der quantitativen Befragung in Bezug auf die Frage nach einer möglichen Nutzung einer solchen Plattform geklärt werden. Viele Jugendliche möchten sich nicht leichtsinnig auf eine Antwort festlegen, ohne eine solche Plattform getestet zu haben. Sie zeigen sich gegenüber einem neuen Angebot äusserst aufgeschlossen, stellen jedoch gewisse Erwartungen an die Funktionalität der Plattform: Wichtig ist eine übersichtliche Gestaltung, App oder zumindest mobile Version, die Möglichkeit der Diskussion, Anonymität, jedoch Kontrolle durch Moderatoren, Neutralität und unterhaltsame Aufbereitung der Inhalte. Ebenfalls wünschen sie sich, dass sie auf einer solchen Plattform neue Anliegen einbringen können, die danach von etablierten politischen Akteuren weiterverarbeitet werden. Diese Befunde lassen sich klar dahingehend interpretieren, dass der Bedarf an einer solchen Plattform gegeben ist – falls ihre Wünsche an die Funktionalität berücksichtigt werden. Der von den Jugendlichen selbst geäußerten Vorschlag, die Plattform zu bewerben, bestätigt ebenfalls das in diesem Projekt geplante, weitere Vorgehen.

9 Literaturverzeichnis

- Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun/TNS Infratest (2010): *Jugend 2010. 16. Shell Jugendstudie*. Hamburg: Shell.
- Banerjee, Saikat (2009): *Marketing Communication Through Brand Placement: A Strategic Roadmap*. In: Journal of Marketing & Communication 5, H. 2, S. 4-22.
- Bartels, Hans-Peter (2010): *Weil sich Demokratie nicht vererbt. Argumente für zusätzliche Anstrengungen beim Demokratielernen*. In: Lange, Dirk/Himmelfmann, Gerhard (Hrsg.): *Demokratiendidaktik. Impulse für die politische Bildung*. (Bürgerbewusstsein. Schriften zur Politischen Kultur und Politischen Bildung, Band 4) Wiesbaden: VS Verlag, S. 31-42.
- Böhm, Andreas (1994): *Grounded Theory - Wie aus Texten Modelle und Theorien gemacht werden*. In: Böhm, Andreas/Mengel, Andreas/Muhr, Thomas (Hrsg.): *Texte verstehen: Konzepte, Methoden, Werkzeuge*. (Schriften zur Informationswissenschaft, Band 14) Konstanz: UVK, S. 121-140.
- Böhm, Andreas (2005): *Theoretisches Codieren. Textanalyse in der Grounded Theory*. In: Flick, Uwe/Kardoff, Ernst Von/Steinke, Ines (Hrsg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Hamburg: Rowohlt, S. 475-485.
- Böhnisch, Lothar (2008): *Lebenslage Jugend, sozialer Wandel und Partizipation von Jugendlichen*. In: Ködelpeter, Thomas/Nitschke, Ulrich (Hrsg.): *Jugendliche planen und gestalten Lebenswelten. Partizipation als Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 25-40.
- Bühler, Stefan (2014): *Stimmfaule Jugend? Ganz im Gegenteil!* In: NZZ am Sonntag Online 13.04.2014.
- Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina/Krüger, Winfried/Rijke, Johann De (2012): *Jugend und Demokratie*. In: Mörschel, Tobias/Krell, Christian (Hrsg.): *Demokratie in Deutschland: Zustand - Herausforderungen - Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, S. 319-339.
- Huth, Petra (2014): *Politische Bildung und direkte Demokratie*. In: Scholten, Heike/Kamps, Klaus (Hrsg.): *Abstimmungskampagnen: Politikvermittlung in der Referendumsdemokratie*. Wiesbaden: Springer, S. 77-92.
- Kromrey, Helmut (1986): *Gruppendiskussion: Erfahrungen im Umgang mit einer weniger häufigen Methode empirischer Sozialwissenschaft*. In: Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H.P. (Hrsg.): *Qualitative Methoden der Datenerhebung in der Arbeitsmigrantenforschung*. Mannheim: FRG e.V., S. 109-143.
- Kühn, Thomas/Koschel, Kay-Volker (2011): *Gruppendiskussion. Ein Praxis-Handbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kvale, Steinar (1996): *Interviews. An Introduction to Qualitative Research Interviewing*. Thousand Oaks/London/New Delhi: SAGE Publications.
- Lamnek, Siegfried (2005a): *Qualitative Sozialforschung*. 4. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Verlag.
- Lamnek, Siegfried (2005b): *Gruppendiskussion. Theorie und Praxis*. 2. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Verlag.
- Mayring, Philipp (2002): *Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken*. 5., überarbeitete und neu ausgestattete Auflage. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.
- Münchmeier, Richard (2008): *Jugend - politisch desinteressiert, aber sozial engagiert*. In: Bingel, Gabriele (Hrsg.): *Die Gesellschaft und ihre Jugend: Strukturbedingungen jugendlicher Lebenslagen*. Opladen u.a.: Budrich, S. 137-151.
- Ovcina Cajacob, Amina/Klasse MMP 13a/Klasse MMP 13b (2014): *"scoop it 2.0": Ein interdisziplinäres Projekt zur Förderung der politischen Partizipation bei Jugendlichen*. Chur: HTW Chur.
- Paus-Hasebrink, Ingrid (2008): *Zur politischen Partizipation von Jugendlichen im Kontext neuer Medien - Aktuelle Ansätze der Jugend(medien)forschung*. In: Moser, Heinz/Sesink, Werner/Meister, Dorothee M./Hipfl, Brigitte/Hug, Theo (Hrsg.): *Jahrbuch Medienpädagogik 7: Medien. Pädagogik. Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 133-150.
- Rijke, Johann de (2009): *Politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener: Altes und Neues*. In: Kaspar, Hanna/Winkler, Jürgen R./Schumann, Siegfried/Schoen, Harald (Hrsg.): *Politik - Wissenschaft - Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 221-237.
- Rothenhühler, Martina/Ehrler, Franziska/Kissau, Kathrin/FORS (2012): *CH@YOUPART: Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz*. (Schriftenreihe SBF), Bern: SBF - Staatssekretariat für Bildung und Forschung.
- Strauss, Anselm/Corbin, Juliet (1996): *Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. (Basics of qualitative research), Weinheim: Beltz.

Strauss, Anselm L. (1991): *Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung. Aus dem Amerikanischen von Astrid Hildenbrand. Mit einem Vorwort von Bruno Hildenbrand.* (Übergänge Band 10), München: Wilhelm Fink Verlag.

Winklhofer, Ursula/Zinser, Claudia (2008): *Jugend und gesellschaftliche Partizipation.* In: Bingel, Gabriele/Nordmann, Anja/Münchmeier, Richard (Hrsg.): *Die Gesellschaft und ihre Jugend. Strukturbedingungen jugendlicher Lebenslagen.* Opladen, Farmington Hills: Budrich, S. 71-93.

10 Anhang

10.1 Leitfaden

Leitfaden Gruppendiskussion „Scoop it 2.0“

bedanken, dass Zeit für Gruppendiskussion genommen haben.

Sich selbst kurz vorstellen

Vorstellung Forschungsprojekt:

- 1.) Problemstellung: Behauptung, dass Jugendliche politisch uninteressiert, nicht an Urne gehen (u.a. bei Masseneinwanderungsinitiative)
 - ⇒ Dachverband Schweizer Jugendparlamente möchte herausfinden, ob diese Behauptung überhaupt stimmt und eine neue Onlineapplikation schaffen, das Jugendlichen stärkere Mitbestimmung erlaubt
- 2.) Dazu Forschungsprojekt konzipiert: mehrere Stiftungen geben Geld, Projekt wird in mehreren Phasen von IMP/HTW Chur durchgeführt:
 - a.) Phase 1: Standardisierte Befragung von Jugendlichen
 - b.) Phase 2: Gruppendiskussion, an der Sie freundlicherweise teilnehmen. Grund/Ziel:
 - Überprüfung der Resultate Befragung
 - Gründe für Antworten
 - weitere Vorschläge für Onlinetool
 - c.) Phase 3: Onlinetool entwickeln und bekannt machen

Wir haben zwar einige Fragen vorbereitet, möchten aber ein möglichst offenes Gespräch mit Ihnen führen, dass es Ihnen erlaubt, Ihre Sichtweisen und Meinungen darzulegen.

Mit Ihrem Einverständnis würden wir die Gruppendiskussion gerne aufzeichnen.

[Sofern wir Zitate im Forschungsbericht verwenden sollten, würden wir Ihnen diese selbstverständlich im Voraus zur Genehmigung vorlegen.]

Wenn Sie zu einer bestimmten Frage nicht zitiert werden möchten, ist dies natürlich ebenfalls möglich.

Haben Sie noch Fragen vorab? Dann können wir beginnen...

1 – Warm-up-Phase

Dürfen wir bitten, sich zuerst mit Ihrem Namen und Jahrgang vorzustellen (Identifizierung für Transkription) und kurz sagen, ob Sie selber an Politik interessiert sind.

2 – Informationsquellen

Ergebnisse präsentieren, insbesondere auf Folgende hinweisen:

Quellen unterscheiden sich je nach Themenbereich:

- Gemeinde: Presse, Internet, z.T. Radio
- Regionale Politik: Presse, Online-Newsportale, Radio, etwas TV
- Nationale Politik: Online-Newsportale, Radio, Internet, **TV**, Presse, GratisZ
- Abstimmungen/Wahlen: TV, Radio, Online-Newsportale, Zeitung, GratisZ

Fragen:

- Trifft dies auf Sie zu?
- Weshalb für Gemeinde/Regionales eher Presse; National + Abstimmungen eher TV, GratisZ, Online-Newsportal?
- Welche Sendungen, weshalb?
- Wie würden Sie Berichterstattung gestalten, damit Sie interessiert?

3 – Diskussion / Meinungs Austausch

Ergebnis präsentieren: Gemäss Befragung diskutieren Sie politische Themen tendenziell mit Schulfreund, Freund, im Lehrbetrieb, Familie.

Fragen:

- Trifft dies auf Sie ebenfalls zu?
- Weshalb hauptsächlich mit diesen Personengruppen?
- Wie diskutieren Sie mit diesen Personen: persönlich oder über Onlinemedien (z.B. Messenger etc.)

Fakultative Nachfragen, falls Onlinemedien/Messenger wichtig:

- Benutzen Sie als Anwesende solche Messenger häufig?
- Wie sieht eine solche Messengerdiskussion aus?

Nachfrage [erst nach Antworten auf offene Fragen]:

- o Eher kurz,
 - o lange aber mit kurzen Texten oder gar lange Texte?
 - o Verweisquellen auf andere Medien, Texte etc. ?
- Welche Themen diskutieren Sie mit wem darin hauptsächlich?
- Diskutieren Sie Politik?
- Woher Informationen über Politik? Aus anderen Medien oder hauptsächlich eigene Meinung?

4 Politisches Engagement

Ergebnis präsentieren:

Befragung hat gezeigt, dass die meisten Jugendlichen abstimmen gehen (78%), sich aber nicht gerne langfristig in der Politik (z.B. einer Partei engagieren). Sie nehmen eher an einzelnen, kurzfristigen Aktionen teil (z.B. Demo etc.) oder diskutieren politische Themen mit Kollegen und der Familie.

Frage:

- Wie ist dies bei Ihnen?

Nachfrage:

- Weshalb lieber kurzfristiges Engagement, ungern eine Partei?
- Weshalb Diskussion mit Familie, Kollegen?
- Genügen Ihnen die bestehenden Mitbestimmungsmöglichkeiten?

Falls genügend Zeit, nachfragen:

- Ihre KollegInnen haben sich in der Befragung etwas mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten auf nationaler und internationaler Ebene gewünscht, Gemeinden und Kantone interessieren Sie etwas weniger. Ist dies bei Ihnen auch der Fall und falls ja, weshalb?
- Jene, die sich nicht stark interessieren: Würden neue Mitbestimmungsmöglichkeiten Ihr Interesse an Politik steigern?

5 –Vorschlag Plattform „Scoop-it“

Erläuterung des 5. Themenblocks: Eine Zielsetzung dieses Projekts ist es, eine Onlineplattform für Sie als Jugendliche zu schaffen, die Ihnen neue Möglichkeiten der Information, Diskussion etc. bietet. In der Befragung haben Sie und Ihre KollegInnen auf diesen Vorschlag folgendermassen reagiert.

1) „Nutzung der Plattform“

Ergebnis auf diese Frage präsentieren

- Mehrheit 47% angekreuzt „Weiss nicht“
- 23% nein
- 30% Ja;

Frage:

- Jene, die mit „Nein“ und „Weiss nicht“ geantwortet haben: Weshalb?
- Jene, die mit „Ja“ geantwortet: Weshalb hat Sie die Idee überzeugt?

Nachfrage [aided recall] Nachfrage nach offener Diskussion:

- Weitere Informationen zum Vorschlag benötigt?
- Skeptisch, ob Sie die Plattform nutzen würden
- Vor Ort mitmachen (vs. Social Media)
- Grundsätzlich kein Interesse an Mitmachen / Partizipation
- Gefühl, dass ohnehin nichts bewirkt

2) Voraussetzungen der Plattform

Ergebnis zeigen (Grafiken S. 89)

Frage:

- Weshalb sind die meistgenannten Funktionen für Sie wichtig? Weshalb andere unwichtig?
- Wie müsste Plattform gestaltet sein, damit Sie Sie nutzen würden?
- Vorschläge nach weiteren, bisher nicht genannten Funktionen?

6 – Abschluss

Zum Schluss: Sind am Ende der von uns vorbereiteten Diskussionspunkte.

Gibt es weitere Aspekte, die Sie für sehr wichtig erachten, über die wir aber bisher nicht gesprochen haben?

Weiteres Vorgehen des Projektes erläutern (Auswertung, Zitate vorlegen, Information über Resultate, Publikation)

DANKE!

10.2 Codierschema in MAXQDA 11

